



DETMOLD

**Kulturstadt
im Teutoburger Wald**

**Budgetbuch 2012
Fachbereich 3
Bürgerservice,
Ordnung, Feuerwehr
und Rettungsdienst**

**Budgetbuch
Fachbereich 3
Bürgerservice, Ordnung,
Feuerwehr und Rettungsdienst**

Inhaltsverzeichnis

		Seite
1.	Haushaltssatzung	1 - 4
2.	Verzeichnis der Produkt- und Auftragskonten mit Deckungsvermerken	5 - 14
3.	Produktplan	15
4.	Planungsreport	17 - 25
5.	<u>Teilergebnispläne / Teilfinanzpläne / Investitionsmaßnahmen</u>	
5.1	Fachbereich 3 – Bürgerservice, Ordnung, Feuerwehr und Rettungsdienst	26 - 27
5.2	<i>Produktgruppe 300 Bürgerberatung</i>	
5.2.1	Produkt 050 Telefonservice Center	28 - 29
5.2.2	Produkt 100 Melderegister und Personaldokumente	30 - 32
5.2.3	Produkt 200 Hundesteuer, Sozialpässe, Fundsachen	34 - 35
5.2.4	Produkt 300 Wahlen und Statistik	36 - 37
5.2.5	Produkt 400 Rentenversicherungsangelegenheiten	38 - 39
5.2.6	Produkt 500 Gewerbe	40 - 41
5.2.7	Produkt 600 Märkte	42 - 43
5.3	<i>Produktgruppe 310 Ordnungsangelegenheiten</i>	
5.3.1	Produkt 100 Allgemeine öffentliche Sicherheit und Ordnung	44 - 46
5.3.2	Produkt 200 Parkraumbewirtschaftung und Überwachung	48 - 49
5.4	<i>Produktgruppe 320 Feuerwehr</i>	
5.4.1	Produkt 100 Bekämpfung von Bränden, Hilfeleistung bei Unglücksfällen	50 - 52
5.4.2	Produkt 200 Vorbeugender Brandschutz	54 - 55
5.5	<i>Produktgruppe 330 Krankentransport und Rettungsdienst</i>	
5.5.1	Produkt 100 Transport von Kranken	56 - 57
5.5.2	Produkt 200 Transport von Notfallpatienten / Herstellung der Transportfähigkeit	58 - 59
5.6	<i>Produktgruppe 340 Standesamtsangelegenheiten</i>	
5.6.1	Produkt 100 Personenstandswesen	60 - 61
5.6.2	Produkt 200 Einbürgerungen	62 - 63

- Anmerkung zum vorläufigen Ergebnis 2010 -

In den Ergebnis- und Finanzplänen wird das vorläufige Ergebnis 2010 ausgewiesen. Der Jahresabschluss 2010 ist in seiner Gesamtheit noch nicht abgeschlossen, so dass sich noch Korrekturen in einzelnen Bereichen ergeben können.

Haushaltssatzung der Stadt Detmold für das Haushaltsjahr 2 0 1 2

Aufgrund der §§ 78 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW. S. 666.), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24.05.2011 (GV. NRW 2011, S. 270, 271) hat der Rat der Stadt Detmold mit Beschluss vom 01.03.2012 folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der **Haushaltsplan** für das Haushaltsjahr 2012, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinden voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

im **Ergebnisplan** mit

Gesamtbetrag der Erträge auf	185.432.326 €
Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	186.711.406 €

im **Finanzplan** mit

Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	177.766.321 €
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	174.860.164 €
Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	30.276.854 €
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	37.591.620 €

festgesetzt.

§ 2

Der **Gesamtbetrag der Kredite**, deren Aufnahme für Investitionen im Haushaltsjahr 2012 erforderlich ist, wird auf

9.739.995 €

festgesetzt.

§ 3

Der **Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen**, der zur Leistung von Investitionsauszahlungen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf

18.119.500 €

festgesetzt.

§ 4

Die Verringerung der allgemeinen Rücklage zum Ausgleich des Ergebnisplans im Haushaltsjahr 2012 wird auf

1.279.080 €

festgesetzt.

§ 5

Der **Höchstbetrag der Kredite**, die zur Liquiditätssicherung im Haushaltsjahr 2012 in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf

40.000.000 €

festgesetzt.

§ 6

Die **Steuersätze für die Gemeindesteuern** werden für das Haushaltsjahr 2012 wie folgt festgesetzt:

1. **Grundsteuer:**
 - 1.1 für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf **192 v.H.**
 - 1.2 für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf **495 v.H.**
2. **Gewerbsteuer:**
auf **430 v.H.**

§ 7

Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen sowie Verpflichtungsermächtigungen

Über- und außerplanmäßige **Aufwendungen und Auszahlungen**, die auf gesetzlicher oder vertraglicher Grundlage beruhen, sind im Sinne des § 83 GO NRW erheblich, wenn sie mindestens **25.000 €** betragen.

Alle übrigen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen sind erheblich, wenn sie im Einzelfall den Betrag von **15.000 €** überschreiten, davon ausgenommen sind die internen Leistungsverrechnungen und bilanzielle Abschreibungen im Rahmen des Jahresabschlusses.

Unerheblich sind ferner alle über- und außerplanmäßigen Ausgaben, die im Zusammenhang mit dem **Jahresabschluss**, der Umsetzung des **NKF** sowie finanzneutrale Mittelumschichtungen zwischen den Organisationsbereichen, die bei Strukturänderungen der Verwaltung und im Bereich der Personalwirtschaft erforderlich werden. Unerheblich sind ebenso alle über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen, die aus **finanzstatistischen Gründen** für die finanzneutrale Änderung von Sachkonten erforderlich werden.

Über- und außerplanmäßige **Verpflichtungsermächtigungen** gem. § 85 GO NRW, die auf gesetzlicher oder vertraglicher Grundlage beruhen, sind als erheblich anzusehen, wenn sie im Einzelfall mehr als **150.000 €** betragen.

Alle übrigen über- und außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigungen gelten als erheblich, wenn sie im Einzelfall mehr als **50.000 €** betragen.

Die erheblichen **Aufwendungen und Auszahlungen** sowie **Verpflichtungsermächtigungen** bedürfen der vorherigen Zustimmung des Rates. Im Übrigen sind die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen sowie Verpflichtungsermächtigungen dem Rat zur Kenntnis zu bringen, sofern sie nicht geringfügig sind. Geringfügig in diesem Sinne sind Beträge bis zu **5.000 €**.

§ 8

Budgets und Deckungsfähigkeiten

Zur flexiblen Haushaltsführung werden gemäß § 21 Absatz 1 GemHVO die Erträge und Aufwendungen innerhalb der einzelnen Organisationsbereiche mit Ausnahme

- der Verfügungsmittel sowie
- nicht zahlungswirksamer Aufwendungen (z. B. bilanzielle Abschreibungen, interne Leistungsverrechnungen etc.)

jeweils zu einem Budget verbunden, sofern nicht andere Deckungsvermerke gemäß § 21 Absatz 2 GemHVO (siehe auch „Verzeichnis der Produktsachkonten und Aufträge mit Deckungsvermerken“ [gelbe Seiten]) bestehen. Das Gleiche gilt für Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit.

Die Erträge/Aufwendungen bzw. Einzahlungen/Auszahlungen innerhalb der kosten-rechnenden Einrichtungen werden zu jeweils gesonderten Budgets verbunden.

Innerhalb der Budgets sind die Summe der Erträge und die Summe der Aufwendun-gen für die Haushaltsführung verbindlich.

Für die Auszahlungsermächtigungen im investiven Teil des Finanzplanes gilt das „Verzeichnis der Produktsachkonten und Aufträge mit Deckungsvermerken“.

Sämtliche Verpflichtungsermächtigungen innerhalb eines Produktbudgets werden gem. § 13 Absatz 2 GemHVO für gegenseitig deckungsfähig erklärt. Der im § 3 der Haushaltssatzung festgesetzte Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen darf nicht überschritten werden.

§ 9

Ausweis von Investitionen in Teilfinanzplänen

Die **Wertgrenze für die Einzelausweisung von Investitionsmaßnahmen** im Teilfi-nanzplan nach § 4 Absatz 4 GemHVO wird, bezogen auf den Gesamtausgabebedarf von Einzelmaßnahmen, grundsätzlich auf **250.000 €** festgesetzt.

§ 10

Stellenplan

Rechtsfolge bei Stellen mit einem kw.- bzw. ku.-Vermerk:

kw.-Vermerk: Die Stelle entfällt beim Ausscheiden des Stelleninhabers.

ku.-Vermerk: Die Stelle ist nach Ausscheiden des Stelleninhabers umzuwandeln.

Detmold, 01.03.2012



Heller
(Bürgermeister)

Verzeichnis der Produktsachkonten und Aufträge mit Deckungsvermerken

Grundsatz der Gesamtdeckung

Grundsätzlich dienen die Erträge zur Deckung der Aufwendungen sowie die Einzahlungen zur Deckung der Auszahlungen (vgl. § 20 GemHVO).

Bildung von Budgets / Gegenseitige Deckungsfähigkeit

Zur flexiblen Haushaltsführung werden gemäß § 21 Absatz 1 GemHVO die Erträge und Aufwendungen innerhalb der einzelnen Organisationsbereiche mit Ausnahme

- der Verfügungsmittel sowie
- nicht zahlungswirksamer Aufwendungen (z. B. bilanzielle Abschreibungen, interne Leistungsverrechnungen etc.)

jeweils zu einem Budget verbunden, sofern nicht andere Deckungsvermerke gemäß § 21 Absatz 2 GemHVO bestehen. Das Gleiche gilt für Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit.

Zusätzlich werden alle nicht zahlungswirksamen Zuführungen im Personalbereich (wie Pensionsrückstellungen, Altersteilzeitrückstellungen, Beihilferückstellungen) zu einem Budget verbunden.

Die Erträge und Aufwendungen bzw. Einzahlungen und Auszahlungen innerhalb der kostenrechnenden Einrichtungen werden zu jeweils gesonderten Budgets verbunden.

Darüber hinaus werden die nachfolgenden Produkt-Sachkonten zu einem gesonderten Budget verbunden:

Produkt 004.870.100: Volkshochschule

Projekt: „Berufsbezogene Sprachförderung“

Ertrags-/ Aufwandskonto	Einzahlungs-/ Auszahlungskonto	Bezeichnung
5019006	7019006	Honorare Projekte
5422013	7422013	Mieten
5431152	7431152	Sachmittel

Projekt: „Zusätzlicher Hauptschulabschlusskurs“

Ertrags-/ Aufwandskonto	Einzahlungs-/ Auszahlungskonto	Bezeichnung
5012009	7012009	Dienstaufwendungen / -auszahlungen
5019009	7019009	Honorare Projekte
5022009	7022009	VBL - Beiträge
5032109	7032109	Sozialversicherung
5032209	7032209	Berufsgenossenschaftsbeiträge
5391034	7391034	Qualifizierungsgeld für Teilnehmer/ -innen
5422008	7422008	Raummieten
5431127	7431127	Lehr- und Unterrichtsmittel

Gegenseitige Deckungsfähigkeit im investiven Teil des Finanzplanes

Innerhalb eines Auftrages sind die Sachkonten gegenseitig deckungsfähig.

Die Auszahlungsermächtigungen im investiven Teil des Finanzplanes für die Anschaffung von beweglichem Anlagevermögen ober- und unterhalb 410 Euro netto innerhalb eines Fachbereiches einschließlich der Auszahlungsermächtigungen für Festwerte werden grundsätzlich für gegenseitig deckungsfähig erklärt. Ausgenommen von dieser Regelung sind die Fachbereiche 3, 7 und 8. Hier gilt Folgendes:

Die Auszahlungsermächtigungen im investiven Teil des Finanzplanes des Fachbereiches 3 für die Anschaffung von beweglichem Anlagevermögen ober- und unterhalb 410 Euro netto sind jeweils innerhalb der Produkte „Bekämpfung von Bränden, Hilfeleistung bei Unglücksfällen“, „Transport von Kranken“ und „Transport von Notfallpatienten“ gegenseitig deckungsfähig.

Im Fachbereich 7 sind alle Aufträge und Auftragssachkonten eines Produktes / einer Leistung gegenseitig deckungsfähig.

Im Fachbereich 8 werden die Auszahlungsermächtigungen im investiven Teil des Finanzplanes für die Anschaffung von beweglichem Anlagevermögen im Bereich der Adlerwarte Berlebeck für gegenseitig deckungsfähig erklärt.

Darüber hinaus sind alle Maßnahmen innerhalb der Bereiche „Haus- und Grundstücksservice“; „Kanal- und Gewässerbau“, „Abwasserbeseitigung“, alle Hochbaumaßnahmen im Bereich der Schulen (mit Ausnahme der Beschaffung von Ersatzschulräumen im Schulzentrum Mitte) und Sportstätten sowie sämtliche Maßnahmen im Straßen- und Brückenbau einschließlich der Fußgängerüberwege und Lichtzeichenanlagen und der Straßenbeleuchtung gegenseitig deckungsfähig. Ausgenommen von dieser Regelung sind die Rückzahlungen vorfinanzierter Leistungen im Kanal- und Straßenbau.

Im Produkt „Allgemeine Finanzen“ werden alle Tilgungsleistungen mit Ausnahme der Tilgungsleistungen für Umschuldungen für gegenseitig deckungsfähig erklärt.

Unechte Deckungsfähigkeit nach § 21 Absatz 2 GemHVO

Die Mehrerträge/Mehreinzahlungen der nachstehend aufgeführten Produkt-Sachkonten führen zur Erhöhung der Aufwendungs- bzw. Auszahlungsermächtigung der angegebenen Produkt-Sachkonten. Diese Mehraufwendungen oder Mehrauszahlungen gelten **nicht** als überplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 83 GO NRW. Darüber hinaus sind sie von der gegenseitigen Deckungsfähigkeit ausgenommen.

Bereich: Allgemeine Finanzen und Beteiligungen

Produkt 016.900.100: Allgemeine Finanzen

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4013000 / 6013000 Gewerbesteuer	5341000 / 7341000 Gewerbesteuerumlage 5342000 / 7342000 Gewerbesteuerumlage - Fonds deutsche Einheit und Länderfinanzausgleich
6927340 Einzahlung aus Krediten für Investitionen; Umschuldung (Auftrag: X 16089097) Umschuldung Kredite, Einzahlungen und Auszahlungen	7927340 Tilgung von Krediten für Investitionen; Umschuldung (Auftrag: X 16089097) Umschuldung Kredite, Einzahlungen und Auszahlungen

Produkt 015.910.100: Beteiligungen / FAIR

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4141100 / 6141100 Zuwendung Land -ÖPNV-	5317100 / 7317100 Förderung -ÖPNV-
4141150 / 6141150 Zuwendung Land -ÖPNV- (Ausbildungsverkehr)	5317150 / 7317150 Förderung -ÖPNV- (Ausbildungsverkehr)
4651001 / 6651001 Dividenden 4651002 / 6651002 Gewinnanteile Sparkasse Detmold 4651003 / 6651003 Gewinnanteile DetCon GmbH	5441103 / 7441103 Kapitalertragsteuer

Fachbereich 2: Budget Jugend und Soziales

Produkt 006.200.100: Kinder in und außerh. von Tageseinrichtungen und in Tagespflege

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4141019 / 6141019 Zuweisung des Landes – Angebote zur Sprachförderung im Elementarbereich -	5318061 / 7318061 Weitergabe von Landeszuschüssen -Angebote zur Sprachförderung im Elementarbereich- 5331002 / 7331002 Angebote zur Sprachförderung im Elementarbereich
4148001 / 6148001 Spenden	5431128 / 7431128 Sachausgaben aus Spenden
4291100 / 6291100 Zuweisung des Landes für die Weitergabe von Investitionszuschüssen	5391100 / 7391100 Investitionszuschüsse

Produkt 006.210.100: Kinder- und Jugendarbeit, Jugendschutz

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4148001 / 6148001 Spenden	5431128 / 7431128 Sachausgaben aus Spenden

Produkt 006.220.100: Hilfen zur Erziehung

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4141013 / 6141013 Zuweisung von Gerichten, Erstattung von Strafgeldern	5331571 / 7331571 Projektbezogene Sachkosten - Jugendgerichtshilfe -
4141025 / 6141025 Zuweisung Land für Ausbau der sozialen Frühwarnsysteme	5318073 / 7318073 Zuschüsse zum Ausbau der sozialen Frühwarnsysteme
4148001 / 6148001 Spenden	5431128 / 7431128 Sachausgaben aus Spenden

Produkt 005.230.300: Hilfen in außergewöhnlichen Situationen (ASD)

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4147003 / 6147003 Spenden für Hilfsbedürftige von privaten Unternehmen	5331001 / 7331001 Zuschuss aus Spendenmitteln
4211000 / 6211000 Ersatz von sozialen Leistungen außerhalb von Einrichtungen	5331182 / 7331182 Zuschüsse für Kinderreiche Familien, Zuschüsse für Notsituationen

Produkt 005.250.200: Fachstelle für Menschen mit Behinderung im Beruf

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4142001 / 6142001 Zuweisung anteiliger Ausgleichsabgabe durch das Integrationsamt	5331515/ 7331515 Beihilfen nach SGB IX

Produkt 005.250.300: Seniorenarbeit und Förderung der Wohlfahrtspflege

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4488022 / 6488022 Einnahmen aus Veranstaltungen - Seniorenwoche	5291402 / 7291402 Seniorenwoche und Veranstaltungen

Produkt 002.250.400: Ausländerangelegenheiten

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4481007 / 6481007 Erstattung der Kosten für die Rückführung von Ausländern vom Land	5431116 / 7431116 Kosten für die Rückführung von Ausländern

Fachbereich 3: Bürgerservice, Ordnung, Feuerwehr und Rettungsdienst

Produkt 002.300.100: Melderegister und Personaldokumente

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4311006 / 6311006 Verwaltungsgebühren – Führerscheine -	5232004 / 7232004 Kreisanteil Führerscheine

Produkt 002.320.100: Bekämpfung von Bränden, Hilfeleistung bei Unglücksfällen

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4148001 / 6148001 Spenden	5431128 / 7431128 Sachausgaben aus Spenden

Produkt 002.320.200: Vorbeugender Brandschutz

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4321117 / 6321117 Gebühren freiwillige Feuerwehr	5421006 / 7421006 Kostenerstattung freiwillige Feuerwehr

Produktgruppe 002.330: Krankentransport und Rettungsdienst

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4321103 / 6321103 Gebühren Leitstelle	5232001 / 7232001 Weiterleitung Leitstellengebühr an den Kreis Lippe

Fachbereich 5: Tiefbau und Immobilienmanagement

Produkt 001.500.100: Haus- und Grundstückservice

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4487001 / 6487001 Erstattung durch Haftpflichtschaden - Ausgleich	5441301 / 7441301 Abgeltung von Haftpflichtschäden
6818000 Investitionszuwendungen übrige Bereiche (Auftrag: H 01085013) Umbau der Friedhofskapelle Hiddesen	7851513 Auszahlungen für Hochbaumaßnahme -Friedhofskapelle Hiddesen- (Auftrag: H 01085013) Umbau der Friedhofskapelle Hiddesen

Produkt 012.510.100: Planung und Bau von Straßen

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4141029 / 6141029 Zuweisung vom Land -Breitbandversorgung-	5391105 / 7391105 Investitionszuschuss -Breitbandversorgung-
6811303 Zuwendung Land -Fuß- und Radwege- (Auftrag: S 12085106) Fuß- und Radwegenetz	7852100 Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen Straßen etc. (Auftrag: S 12085106) Fuß- und Radwegenetz

Fachbereich 6: Stadtentwicklung

Produkt 009.600.100: Städtebauliche Planung

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4488036 / 6488036 Kostenerstattung Planungskosten	5291411 / 7291411 Untersuchungen, Gutachten und Fach- pläne für Bauleitpläne für Externe

Produkt 009.600.300: Grünordnungs- und Freiraumplanung

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4591002 / 6591002 Ausgleichszahlungen nach BAUGB	5499002 / 7499002 Ausgleichsmaßnahmen nach BauGB

Produkt 010.610.200: Bau- und Grundstücksservice

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4488009 / 6488009 Erstattung der Ersatzvornahmekosten	5291401 / 7291401 Ersatzvornahmen

Produkt 014.620.100: Umweltschutz

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4488009/ 6488009 Erstattung der Ersatzvornahmekosten	5291401 / 7291401 Ersatzvornahmen
4591005 / 6591005 Ausgleichszahlungen nach der Baum- schutzsatzung	5221004 / 7221004 Pflanzung von Bäumen, Gehölzen und Klettergewächsen

Fachbereich 7: Städtische Betriebe

Produkt 013.700.100: Pflege öffentliche Grünanlagen

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
6818000 Investitionszuwendungen übrige Bereiche (Auftrag: S 13097000) Neubau Kinderspielplätze	7852300 Auszahlung Tiefbaumaßnahmen Spiel- und Sportanlagen (Auftrag: S 13097000) Neubau Kinderspielplätze

Fachbereich 8: Kultur, Tourismus, Marketing und Bildungseinrichtungen

Produkt 004.800.100: Kultur

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4141015 / 6141015 Zuweisungen des Landes -Straßentheaterfestival-	
4142015 / 6142015 Zuweisungen des Kreises -Straßentheaterfestival-	5499036 / 7499036 -Straßentheaterfestival-
4147005 / 6147005 Sponsorengelder von privaten Unternehmen – Straßentheaterfestival –	5431022 / 7431022 Sachaufwand Veranstaltungen Indoor
4321215 / 6321215 Standgelder - Straßentheaterfestival	5499035 / 7499035 Detmolder Sommer
4591008 / 6591008 Entgelte aus Veranstaltungen Indoor	
4591012 / 6591012 Entgelte aus Veranstaltungen Outdoor	

Produkt 004.830.100: Adlerwarte

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4147004 / 6147004 Werbekostenzuschüsse	5431300 / 7431300 Drucksachen 5499044 / 7499044 Werbung
4148001 / 6148001 Spenden	5431128 / 7431128 Sachausgaben aus Spenden
4148008 / 6148008 Patenschaften	5431151 / 7431151 Aufwendungen / Auszahlungen aus Patenschaften
4421007 / 6421007 Einnahmen aus Verkauf - Kiosk-	5431130 / 7431130 Wareneinkauf - Kiosk -

Produkt 001.840.100: Städtepartnerschaften

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4140005 / 6140005 Zuwendungen Bund 4141000 / 6141000 Zuweisungen Land 4148002 / 6148002 Zuweisungen der Europ. Kommission 4488015 / 6488015 Erstattungen Dritter	5431132 / 7431132 Städtepartnerschaften

Produkt 004.860.100: Stadtbücherei

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4148001 / 6148001 Spenden	5431128 / 7431128 Sachausgaben aus Spenden

Produkt 004.870.100: Volkshochschule

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4146001 / 6146001 Spenden 4148001 / 6148001 Spenden	5431128 / 7431128 Sachausgaben aus Spenden

Produkt 004.880.100: Musikausbildung

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4148001 / 6148001 Spenden	5431128 / 7431128 Sachausgaben aus Spenden

Produktplan Fachbereich 03

Bürgerservice, Ordnung, Feuerwehr und Rettungsdienst

Produktgruppe	Produkt
300 Bürgerberatung	050 Telefon Servicecenter 100 Melderegister und Personaldokumente 200 Hundesteuer, Sozialpässe, Fundsachen 300 Wahlen und Statistik 400 Rentenversicherungsangelegenheiten 500 Gewerbe 600 Märkte
310 Ordnungsangelegenheiten	100 Allgemeine öffentliche Sicherheit und Ordnung 200 Parkraumbewirtschaftung und Überwachung
320 Feuerwehr	100 Bekämpfung von Bränden, Hilfeleistung bei Unglücksfällen 200 Vorbeugender Brandschutz
330 Krankentransport und Rettungsdienst	100 Transport von Kranken 200 Transport von Notfallpatienten/ Herstellung der Transportfähigkeit
340 Standesamtsangelegenheiten	100 Personenstandswesen 200 Einbürgerungen

Planungsreport 2012

Fachbereich 03 Bürgerservice, Ordnung, Feuerwehr und Rettungsdienst

I. Ausgangslage

Der Fachbereich Bürgerservice, Ordnung, Feuerwehr und Rettungsdienst gliedert sich in die Produktgruppen

1. Bürgerberatung	Produktgruppe 300
2. Ordnungsangelegenheiten	Produktgruppe 310
3. Feuerwehr	Produktgruppe 320
4. Krankentransport und Rettungsdienst	Produktgruppe 330
5. Standesamtsangelegenheiten	Produktgruppe 340

und hat 15 Produkte.

Derzeit sind 113 (Teams 3.1 bis 3.3: 49, Team 3.4: 64) Mitarbeiter/innen im Fachbereich beschäftigt. Davon sind 23 (Teams 3.1 bis 3.3: 21, Team 3.4: 2) Mitarbeiter/innen in Teilzeit beschäftigt. Die Schwerbehindertenquote wird durch die z. Zt. 8 (Teams 3.1 bis 3.3: 6, Team 3.4: 2) schwerbehinderten Mitarbeiter/innen bei 7,1 % liegen. Darüber hinaus wirken über 300 ehrenamtliche Feuerwehrkräfte in der Produktgruppe Feuerwehr mit.

Die Personalentwicklung und -kosten werden in den einzelnen Produkten erläutert. Zur Verdeutlichung der Personalentwicklung wurden die Stellen im Plan 2011 entsprechend dargestellt. Die Kürzung der Personalkosten für LOB 2012 für die gesamte Stadt i. H. v. 47.500 Euro ist im Bereich Feuerwehr dargestellt.

Für den Bereich Feuerschutz hält die Stadt Detmold neben der Feuer- und Rettungswache Detmold sieben weitere Feuerwehrgerätehäuser mit entsprechender Feuerwehrinfrastruktur zur Sicherung bzw. Erfüllung der Feuerschutzaufgaben auch in den Ortsteilen vor.

Der Brandschutzbedarfsplan aus dem Jahr 2001/2002 ist nach den festgestellten Erfordernissen und Zielsetzungen zuletzt mit Ratsbeschluss vom 20.09.2007 fortgeschrieben worden. In 2012 ist der Brandschutzbedarfsplan fortzuschreiben.

Die Stadt Detmold ist für ihr Gebiet selbst Träger einer Rettungswache und gleichzeitig Träger rettungsdienstlicher Aufgaben. Der Kreis als Träger des Rettungsdienstes organisiert den Rettungsdienst und Krankentransport im übrigen Kreisgebiet. Maßgebend hierfür ist der vom Kreis Lippe aufzustellende Ret-

tungsbedarfsplan. Die Fortschreibung des Rettungsbedarfsplanes aus dem Jahr 2005 erfolgte in 2010.

Der Kreis Lippe hat die erforderliche Aktualisierung des Rettungsbedarfsplanes durch den Kreistag mit Wirkung vom 01.01.2011 beschlossen.

II. Teilergebnisplan

Die Daten des Teilergebnisplanes sehen wie folgt aus:

Ordentliche Erträge		
2012: 4.600.667 Euro	2011:	4.664.358 Euro
Ordentliche Aufwendungen		
2012: 7.771.439 Euro	2011:	7.813.339 Euro
Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit		
2012: - 3.170.772 Euro	2011:	- 3.148.981 Euro
Erträge aus internen Leistungsbeziehungen		
2012: 263.978 Euro	2011:	212.331 Euro
Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen		
2012: 1.603.813 Euro	2011:	1.824.932 Euro
Ergebnis	2012: - 4.510.607 Euro	2011: - 4.761.582 Euro

Erträge und Aufwendungen werden nur noch zur Erhöhung und Minderung des Eigenkapitals dargestellt. So gibt es z. B. im Gegensatz zur alten Kameralistik seit 2008 Auflösungen von Rückstellungen und Sonderposten auf der Ertragsseite und Zuführungen zu Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen für aktive Beamte auf der Aufwandsseite. Kalkulatorische Kosten werden nicht mehr dargestellt.

II / 1 Produktgruppe 300 – Bürgerberatung

Die Produktgruppe besteht aus sieben Produkten. Das Telefon Servicecenter und die Bürgerberatung sind u. a. die ersten Anlaufstellen für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt. Das Telefon Servicecenter hat pro Monat im Durchschnitt über 5.000 Anrufe. Die Bürgerberatung wird pro Tag von bis zu 700 Personen aufgesucht. Beide Bereiche sind damit ein Aushängeschild der Verwaltung.

Der kostenpflichtige Leistungsumfang in der Produktgruppe ist nachfrageabhängig und bei den Sondernutzungen auch witterungsabhängig und damit nur

schwer planbar. Das Meldewesen, die Ausstellung von Personaldokumenten, Gewerbemeldungen, Erlaubnisse nach dem Gaststättengesetz, Auskünfte aus dem Gewerberegister und Sondernutzungen beinhalten mit die stärksten Leistungsumfänge. Damit sind zugleich die saisonalen Schwankungen erklärbar.

Die Erträge der Produktgruppe werden vor allem durch die Verwaltungsgebühren für die Ausstellung von Personaldokumenten erzielt. Die Darstellung der Erträge durch die Hundesteuer erfolgt im Fachbereich 1 im Produkt Zentrale Finanzen. Ein Schreiben an alle Detmolder Haushalte hat dazu geführt, dass mehr Hundebesitzer ihre Hunde ordnungsgemäß angemeldet haben.

Die Teilnahme an einem Vergleichsring der KGST „Bürgerbüros“ hat stattgefunden. Die Ergebnisse liegen vor. Die Umsetzung soll in 2012 begonnen werden.

II / 2 Produktgruppe 310 – Ordnungsangelegenheiten

Der Leistungsumfang ist abhängig vom Ordnungsverhalten der Bürger/innen und von der Nachfrage nach Parkflächen.

Erträge werden vor allem aus den Parkvorgängen an Straßen und Plätzen und aus dem Bereich der Verkehrsüberwachung erzielt. Durch die Erhöhung der Parkgebühren und durch die Ausweitung der Parkflächen wird hier Potenzial gegenüber dem Rechnungsergebnis 2010 für die Erhöhung von Erträgen gesehen.

In 2012 soll zu Pfingsten das Nordrhein-Westfalenfest in Detmold durchgeführt werden. Die vorbereitenden Arbeiten dazu laufen bereits seit 2011.

Durch die Möglichkeit des „Handyparkens“ mit dem Parkfoxx-System wird den Bürgern seit 2009 ein neuer innovativer Service geboten. 380 Bürgerinnen und Bürger waren Mitte 2011 angemeldet. In 2010 waren erst 280 angemeldet.

Schwerpunkte der Ausgaben liegen z. B. bei den Ausgaben für die Beseitigung von Störungen der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung. Hierbei sind vor allem die Ausgaben für die Abwicklung von Sterbefällen beträchtlich. Es ist nicht möglich, bei allen Sterbefällen Angehörige zu ermitteln, denen nachträglich die Bestattungskosten in Rechnung gestellt werden können.

Ab Herbst 2012 werden verkehrsrechtliche Anordnungen, die z. Zt. noch im Fachbereich 5 bearbeitet werden, in diesem Bereich durchgeführt.

II / 3 Produktgruppe 320 - Feuerwehr

Die Detmolder Feuerwehr wird im Jahre 2012 voraussichtlich zu insgesamt ca. 470 Einsätzen sowohl im Bereich Brandschutz (220) als auch zur technischen Hilfeleistung (250) gerufen werden.

Um auf Schadens- bzw. Großschadensereignisse vorbereitet zu sein, haben die Städte gem. § 22 des Feuerschutzhilfleistungsgesetzes (FSHG NW) vom 10.02.1998 unter der Beteiligung der Feuerwehr Brandschutzbedarfspläne aufzustellen und fortzuschreiben.

Der aktuelle Brandschutzbedarfsplan vom 20.09.2007 zeigt auf, welche Leistungen heute mit welchen Mitteln erzielt und welcher Leistungsumfang unter Berücksichtigung der individuellen Gefahrensituationen in Detmold unabdingbar sichergestellt werden muss.

Des Weiteren wird deutlich gemacht, welche Mindestvoraussetzungen vorhanden sein müssen, damit straf- und haftungsrechtliche Konsequenzen für die Verantwortlichen auf jeden Fall ausgeschlossen werden.

Der Brandschutzbedarfsplan und die hieraus abgeleiteten Maßnahmen stellen ein Planungsergebnis dar, was zum einen Schutzziele mit einem bestmöglichen Sicherheitsniveau festlegt und damit das Risikopotential für die Detmolder Bevölkerung minimiert und zum anderen eine effiziente Entwicklung im Feuerwehrbereich ermöglicht.

Inhaltlich ist die Neustrukturierung der Feuerwehr und die Überprüfung von Standorten für Löschgruppen /-züge und Gerätehäuser als Schwerpunkt von besonderer Bedeutung.

Vor dem Hintergrund einsatztaktischer, fachlicher und wirtschaftlicher Gesichtspunkte sind die notwendigen Zusammenlegungen der Löschgruppen Heiligenkirchen und Berlebeck sowie der Löschgruppe Heidenoldendorf und des Löschzuges Detmold durchgeführt worden.

Des Weiteren ist aus einsatztaktischer und feuerwehrtechnischer Sicht geplant, für die Löschgruppe Pivitsheide ein neues Feuerwehrgerätehaus zu bauen. In Abstimmung mit den Fachbereichen 5 und 6 sollen die notwendigen planerischen sowie grundstücksmäßigen Voraussetzungen an der Oerlinghauser Str. hierfür geschaffen werden (Planung und Baudurchführung 2013/2014).

Nach der Arbeitszeitverordnung für Feuerwehrbeamte (AZVO Feu vom 01.09.2006) erhöht sich grundsätzlich der Personalaufwand in den Produktgruppen Feuerwehr und Krankentransport und Rettungsdienst. Hintergrund ist das Urteil des EuGH vom 14.07.2005, wonach die wöchentliche Höchstarbeitszeit einschl. Bereitschaftsdienst und Überstunden nicht mehr als 48 Stunden betragen darf.

Als Übergangslösung sieht die neue AZVO Feu allerdings eine Ausnahmeregelung (so genannte Opting-Out-Regelung) vor. Diese ermöglicht für Feuerwehrbeamte die Fortführung des bisherigen Dienstplanmodells auf Basis einer frei-

willigen Erklärung des Mitarbeiters. Alle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen haben die Ausnahmeregelung des § 5 AZVO Feu, wie bisher den 24-Stunden-Dienst in Anspruch genommen. Da die Opting-Out-Regelung zunächst bis längstens 31.12.2010 befristet war, sind die erforderlichen personellen Vorkehrungen getroffen worden, um die Voraussetzungen für die Umsetzung der 48-Std.-Woche ab 2011 zu schaffen. Mit der Ausbildung und Übernahme von fünf Brandmeisteranwärtern im Oktober 2010 ist die Einführung der 48-Std.-Woche ab 01.01.2011 realisiert worden.

Brandschutzdienststelle

Aufgrund einer Verfügung der Bezirksregierung Detmold vom 26. Mai 2004 nimmt die Feuerwehr der Stadt Detmold die Aufgaben der Brandschutzdienststelle nach FSHG (Pflichtaufgabe) wahr.

Der Fachbereich 6 (Bauaufsichtsbehörde) hat den Fachbereich 3 Feuerwehr (Brandschutzdienststelle) im Baugenehmigungsverfahren zu beteiligen. Dieses bedeutet in der Praxis eine enge Zusammenarbeit mit der Bauaufsicht.

Die Brandschutzdienststelle hat ihr Augenmerk nicht nur auf Maßnahmen des vorbeugenden Brandschutzes zu richten, sondern insbesondere darauf zu achten, dass im Brandfall die Feuerwehr als abwehrender Brandschutz in die Lage versetzt wird, den gesetzlichen Auftrag aus § 1 Abs. 1 FSHG in Verbindung mit § 17 Abs. 1 BauONW erfüllen zu können. Die Maßnahmen des vorbeugenden baulichen Brandschutzes und die Möglichkeiten der Feuerwehr sind deshalb nicht isoliert voneinander zu sehen, sondern im Rahmen einer integrierten Brandschutzkonzeption zusammenzuführen.

Mit Wirkung vom 01.01.2011 wurde die Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Durchführung der Brandschau in der Stadt Detmold (Brandschau-Gebührensatzung) vom 16.12.2010 durch den Rat beschlossen.

Folgende Punkte sind beispielhaft aufgeführt, die in den Stellungnahmen und Brandschutzkonzepten zu beachten sind:

Löschwasserversorgung, Löschwasserrückhaltung, Aufstell- und Bewegungsflächen, Rettungswege, Bildung von Brandabschnitten.

Die Brandschutzdienststelle ist außerdem zu beteiligen, wenn die zu beachtenden Brandschutzbestimmungen der Landesbauordnung, der dazu erlassenen Verordnungen, technischen Baubestimmungen und Verwaltungsvorschriften eine Ausübung des Ermessens erfordern.

Im Jahr 2012 werden ca. 180 Stellungnahmen im Rahmen der Umnutzung im Baugenehmigungsverfahren bearbeitet.

Die Feuerwehr hat unter Federführung der ehrenamtlichen Kameraden in 2002 das Projekt Brandschutzerziehung/Brandschutzaufklärung in Kindergärten und Kindertagesstätten ins Leben gerufen. Die Beteiligung und Resonanz ist hervorragend und wird 2012 ff. fortgesetzt.

II / 4 Produktgruppe 330 - Krankentransport und Rettungsdienst

Der Einsatzbereich im Krankentransport und Rettungsdienst des Fb 3 erstreckt sich grundsätzlich seit dem 01.01.2004 nur noch auf das Stadtgebiet Detmold. Ausgenommen hiervon ist der reine Krankentransport, der kreisweit durchgeführt wird. In Ausnahmefällen wird nach Anforderung durch die Leitstelle Lippe auch der Rettungsdienst außerhalb von Detmold eingesetzt.

Der Standort ist rund um die Uhr mit hauptamtlichen Kräften besetzt.

Die Stadt Detmold wird als Träger einer Rettungswache sowie Träger rettungsdienstlicher Aufgaben im Rettungsdienst weiterhin multifunktional ausgebildetes Personal (Feuerwehr und Rettungsdienst in Personalunion) einsetzen.

Dieses hat für Bürgerinnen und Bürger den Vorteil qualitativ besserer Versorgung und ermöglicht im Dienstbetrieb des Fachbereiches 3 erhebliche Variationsmöglichkeiten bezüglich der Arbeitsauslastung für die Mitarbeiter/innen (regelmäßiger Tausch der Funktionen im Feuerschutz und Rettungsdienst).

Die von der Rettungswache Detmold durchgeführten Einsätze werden voraussichtlich im Jahr 2012 insgesamt 7.400 betragen. Hiervon werden voraussichtlich 3.200 Einsätze im Krankentransport und 4.200 Einsätze im Bereich der Notfallmedizin gefahren.

Die neue Gebührensatzung für den Krankentransport und Rettungsdienst ist zum 01.01.2009 in Kraft getreten. Aufgrund der nicht zu erwartenden Entwicklung im Krankentransport und Rettungsdienst wurden weitere Überschüsse erwirtschaftet und insoweit ist zum 01.01.2009 eine weitere Gebührenreduzierung erforderlich geworden.

Nachdem die Überschüsse mittlerweile abgeschmolzen sind, tritt für 2012 eine neue Gebührensatzung in Kraft.

Der Entwurf des Rettungsbedarfsplanes ist im Herbst 2010 mit den Krankenkassen erörtert worden. Der fortgeschriebene Bedarfsplan ist mit Wirkung vom 01.01.2011 in Kraft getreten.

Nach dem derzeitigen Rettungsbedarfsplan stehen der Rettungswache Detmold zwei Rettungstransportwagen und zwei Krankentransportwagen zur Verfügung.

II / 5 Produktgruppe 340 – Standesamtsangelegenheiten

Die Anmeldung und Durchführung von Eheschließungen, die Beurkundung von Geburten und Sterbefällen sowie die Durchführung von Einbürgerungen sind die hauptsächlichen Leistungsumfänge.

Von den 300 Eheschließungen pro Jahr sind 30 von Bürgerinnen und Bürgern, die nicht aus Detmold kommen. Pro Jahr heiraten nur rd. 30 Paare außerhalb von Detmold.

Das Angebot für die Durchführung der Eheschließungen ist damit gut. Seit 2006 werden zusätzlich noch Ambientetrauungen angeboten. Die Anzahl der durchgeführten Ambientetrauungen soll in 2012 erhöht werden. Das Dienstleis-

tungsangebot an die Bürgerinnen und Bürger soll damit gesteigert werden. Gleichzeitig könnte dieses Angebot dazu führen, dass auch mehr Paare von außerhalb in Detmold getraut werden und damit die Erträge ein wenig gesteigert werden können.

In den letzten beiden Jahren ist die Anzahl der Geburten pro Jahr höher gewesen als die Sterbefälle. Auch für 2012 wird erwartet, dass die Geburten über den Sterbefällen liegen werden, da die Kinder- und Geburtsklinik in Lemgo schließen wird. Die Anzahl der auszustellenden Personenstandsunterlagen wird sich kaum gegenüber den Vorjahren ändern.

Erträge und Sachaufwand sind nachfrageabhängig und daher nicht genau planbar.

III. Investitionstätigkeit

Summe der investiven Einzahlungen	139.100 Euro
Summe der investiven Auszahlungen	357.460 Euro
Saldo der Investitionstätigkeit	- 218.360 Euro

Im investiven Bereich sind Investitionen in Höhe von 357.460 Euro eingeplant.

Die Stadt erhält in 2012 vom Land NW zur Förderung des Feuerschutzes eine fachbezogene Pauschale als Investitionspauschale in Höhe von rd.138.600 Euro. Aus der Veräußerung von Sachanlagen werden Erträge in Höhe von 500 € erwartet.

Übersicht über die Investitionen:

Bürgerberatung

Zahlungen für den Erwerb von Vermögensgegenständen (Ersatzbeschaffung Büromöbel)	3.500 Euro
--	------------

In der Produktgruppe Bürgerberatung ist die Ersatzbeschaffung von Büromöbeln vorgesehen. Nach 15 Jahren Einsatz in der Bürgerberatung wird es notwendig einige Büromöbel u. a. auch Stühle zu ersetzen.

Ordnungsangelegenheiten

Ersatzbeschaffung Festwert Dienst- und Schutzkleidung Verkehrsüberwachungskräfte	1.360 Euro
Beschaffung von Geräten	200 Euro

In der Produktgruppe Ordnungsangelegenheiten ist die Ersatzbeschaffung von Dienstkleidung und Kleingeräten für die Verkehrsüberwachungskräfte vorgesehen.

Feuerschutz

Ersatzbeschaffung Festwert von Bekleidung und Ausrüstung für die Übernahme aus der Jugendfeuerwehr in die aktive Wehr	15.000 Euro
Ersatzbeschaffung Festwert von Bekleidung und Ausrüstung	40.000 Euro
Beschaffung von Geräten	59.000 Euro
Beschaffung von Fahrzeugen	48.000 Euro und 210.000 Euro VE in 2012 für 2013

Rettungsdienst

Ersatzbeschaffung Festwert Bekleidung Kranken-transport und Rettungsdienst	6.900 Euro
Beschaffung von Geräten	40.000 Euro
Beschaffung von Fahrzeugen	143.500 Euro

Auf Grundlage des Brandschutzbedarfsplanes ist u. a. auch ein Konzept zur Veränderung der Fahrzeugstruktur der Feuerwehr erarbeitet worden.

Danach ist grundsätzlich vorgesehen, zu einer Vereinheitlichung der Löschgruppenfahrzeuge (LF 20/16) zu gelangen. Nach dem Konzept ist jeweils eine Einsparung von rd. 220.000 Euro zu erwarten.

Die bedarfsgerechte Fahrzeugausstattung der Detmolder Feuerwehr hinsichtlich der Sicherstellung ihres Auftrages ist konzeptionell für die Jahre 2001 – 2025 erarbeitet worden. Damit hat die Feuerwehr auch ein Rotationssystem entwickelt, um die unterschiedlichen Nutzungsintensitäten zwischen den Feuerwehrstandorten auszugleichen.

Die Drehleiter (Baujahr 1991) ist in 2012 über 20 Jahre alt und hat altersbedingte Verschleißanzeichen. Der Wartungsaufwand wird zunehmend unwirtschaftlicher und die Möglichkeit, dass die Funktionssicherheit bei Einsätzen nicht mehr gegeben ist, wird immer größer. Aus wirtschaftlichen Gründen hat die Feuerwehr Detmold nur eine Drehleiter für das gesamte Stadtgebiet. Eine zweite Ersatzdrehleiter ist nicht, wie bei vielen anderen Feuerwehren, vorhanden. Bei Ausfall unserer Drehleiter können die notwendigen Hilfsfristen nicht eingehalten werden. Eine zeitnahe Beschaffung war für 2012 geplant. Aufgrund der gesamten Haushaltssituation ist die Beschaffung nach 2014/2015 verschoben.

Die Fortschreibung der langfristigen Umsetzung der neuen Fahrzeugstruktur bis 2025, insbesondere zur Realisierung von wirtschaftlichen Vorteilen und Minimierung von Risiken, wird z. Z. durchgeführt.

In 2012 werden erste Vorbereitungen für die Einführung des neuen Digitalfunks getroffen. In 2013 erfolgt die komplette Umrüstung und Start im Netzbetrieb.

IV. Ausblick

Zur Sicherstellung der jederzeitigen Einsatzbereitschaft und unter Berücksichtigung der für den Einsatzfall notwendigen Ausrückstärken, Feuerwehrdienstvorschriften, Rettungsdienstvorschriften sowie der adäquaten Unfallverhütungsvorschriften bedarf es festgelegter Mindestressourcen sächlicher insbesondere auch personeller Art. Bereits in den vergangenen Jahren war der Fb 3 bemüht, innovative Lösungen zur Stabilisierung des hohen Personalkostenanteils zu suchen. In diesem Zusammenhang hat sich die Übernahme der verschiedenen Aufgaben durch multifunktionales Personal (alle Mitarbeiterinnen / Mitarbeiter wirken in allen Produktgruppen mit) grundsätzlich bewährt.

Wie im Brandschutzbedarfsplan festgelegt, muss für die Sicherstellung des Feuerschutzes im hauptamtlichen Bereich mindestens eine Staffelstärke (1/5) vorgehalten werden. Die vom Landesfeuerwehrverband NW geforderte Gruppenstärke (1/8 bzw. 1/9) wird durch den zeitlichen parallelen Einsatz ehrenamtlicher Kräfte der Freiwilligen Feuerwehr Detmold kompensiert.

In 2012 wird der Brandschutzbedarfsplan fortgeschrieben.

Nachfolgende Aufgaben- und Problemstellungen sind vorrangig zu behandeln:

1. Fortschreibung Brandschutzbedarfsplan
2. Umsetzung der AZVO Feu
3. Umsetzung Rettungsbedarfsplan
4. Personalentwicklung multifunktional und spezifisch
5. Prozessoptimierung in der Bürgerberatung
6. Ordnungsgemäße Durchführung des Nordrhein-Westfalenfestes
7. Weiterführung der Ordnungspartnerschaft mit der Polizei
8. Übernahme der verkehrsrechtlichen Anordnungen vom Fachbereich 5
9. Erhöhung der Ambientetrauungen im Standesamt

Grundsätzlich wird sich der Fachbereich Bürgerservice, Ordnung, Feuerwehr und Rettungsdienst nach wie vor in Zeiten knapper Ressourcen daran orientieren müssen, was zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgabenstellungen nötig ist. Es gilt, möglichst die Qualität der Leistungen zu bewahren und weiterhin kontinuierlich gute Ergebnisse zu erzielen.

Ziele

1. Die Stadt bietet bürgernahe, serviceorientierte Dienstleistungen an zentraler Stelle für die Bürger/innen an.
2. Der Fachbereich stellt die Sicherheit und Ordnung auf allen öffentlichen Straßen und Plätzen sicher und verhindert die Bildung bzw. das Fortbestehen von Angsträumen.
3. Die Detmolder Bevölkerung hat einen angemessenen Brand- und Rettungsschutz.
4. Die Stadt führt ordnungsgemäße und kundenorientierte Standesamtsangelegenheiten durch und wirkt bei der Migration/Integration mit.

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	118.606,00	60.962	82.921	83.079	75.086	81.880
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	3.318.705,08	3.945.346	3.907.036	3.904.613	3.913.286	3.946.378
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	25.748,75	23.600	23.700	23.700	23.700	23.700
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	225.519,68	248.880	195.000	248.000	245.000	265.000
+ Sonstige ordentliche Erträge	370.244,25	385.570	392.010	392.010	392.010	392.010
= Ordentliche Erträge	4.058.823,76	4.664.358	4.600.667	4.651.402	4.649.082	4.708.968
- Personalaufwendungen	5.158.631,23	5.579.069	5.653.697	5.709.734	5.767.034	5.824.510
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	996.374,46	1.074.576	1.021.387	1.034.887	1.020.887	998.387
- Bilanzielle Abschreibungen	362.676,05	338.826	315.440	321.213	340.881	361.441
- Transferaufwendungen	8.844,23	7.577	7.190	7.190	7.190	7.190
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	629.271,57	813.291	773.725	803.263	821.116	861.716
= Ordentliche Aufwendungen	7.155.797,54	7.813.339	7.771.439	7.876.287	7.957.108	8.053.244
= Ergebnis aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-3.096.973,78	-3.148.981	-3.170.772	-3.224.885	-3.308.026	-3.344.276
+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	156.382,80	212.331	263.978	265.930	267.886	269.857
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	1.640.636,15	1.824.932	1.603.813	1.616.498	1.654.411	1.667.235
= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-1.484.253,35	-1.612.601	-1.339.835	-1.350.568	-1.386.525	-1.397.378
= Ergebnis	-4.581.227,13	-4.761.582	-4.510.607	-4.575.453	-4.694.551	-4.741.654

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	VE 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	3.690,00	1.000	0	0	0	0	0
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	3.281.824,22	3.579.978	3.833.259	0	3.895.164	3.903.986	3.936.458
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	25.773,75	23.690	23.760	0	23.760	23.760	23.760
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	238.078,15	248.880	195.000	0	248.000	245.000	265.000
+ Sonstige Einzahlungen	379.971,34	385.480	391.950	0	391.950	391.950	391.950
= Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	3.929.337,46	4.239.028	4.443.969	0	4.558.874	4.564.696	4.617.168
- Personalauszahlungen	4.556.154,35	4.650.426	4.634.039	0	4.680.161	4.727.192	4.774.221
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	975.139,24	1.074.576	1.021.387	0	1.034.887	1.020.887	998.387
- Transferauszahlungen	8.912,66	7.577	7.190	0	7.190	7.190	7.190
- Sonstige Auszahlungen	603.146,47	742.741	718.965	0	749.863	757.856	799.816
= Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	6.143.352,72	6.475.320	6.381.581	0	6.472.101	6.513.125	6.579.614
= Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-2.214.015,26	-2.236.292	-1.937.612	0	-1.913.227	-1.948.429	-1.962.446
= Saldo des Teilfinanzplanes	-2.214.015,26	-2.236.292	-1.937.612	0	-1.913.227	-1.948.429	-1.962.446

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	VE 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
+ Einzahl. aus Zuwendungen für Investitionsmaßn.	139.443,99	138.600	138.600	0	138.600	138.600	138.600
+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanl.	20,00	500	500	0	500	500	500
= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	139.463,99	139.100	139.100	0	139.100	139.100	139.100
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm. (Kassenwirksamkeit)	237.234,48	372.550	357.460	210.000	731.900 (210.000)	1.349.310 (0)	730.400 (0)
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	237.234,48	372.550	357.460	210.000	731.900	1.349.310	730.400
= Saldo aus Investitionstätigkeit	-97.770,49	-233.450	-218.360	-210.000	-592.800	-1.210.210	-591.300
= Saldo des Teilfinanzplanes	-2.311.785,75	-2.469.742	-2.155.972	-210.000	-2.506.027	-3.158.639	-2.553.746
= Saldo des Teilfinanzplanes	-2.311.785,75	-2.469.742	-2.155.972	-210.000	-2.506.027	-3.158.639	-2.553.746

Kurzbeschreibung

Beantwortung von telefonischen Anfragen von Bürgern/innen

Ziele

Verbesserung der telefonischen Erreichbarkeit der Stadtverwaltung

Auftragsgrundlage

Service für die Bürgerinnen / Bürger und die Unternehmen der Stadt Detmold

Zielgruppe

Alle Einwohner/ innen im Gebiet der Stadt Detmold, Unternehmen und externe Dienststellen

Politisches Gremium

Ausschuss für Bürgerservice, Ordnung, Feuerwehr und Rettungsdienst

Stellen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Stellen	Anz.	4	4	5	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Anzahl erhaltener Anrufe	Anz.	71.105	71.000	71.000	-	-	-
Anzahl der Anrufe außerhalb der Servicezeiten	Anz.	412	350	350	-	-	-
Anzahl Beschwerden und Lob	Anz.	9	0	0	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Anteil des Personalaufwandes am Gesamtaufwand	%	98,01	85,08	85,94	86,06	86,18	86,30
Durchschnittlicher Betriebsaufwand je erhaltenem Anruf	€	1,46	2,86	3,17	-	-	-
Verhältnis Anzahl Anrufe außerhalb der Servicezeiten zu Anzahl erhaltener Anrufe	%	0,58	0,49	0,49	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
- Personalaufwendungen	101.467,30	172.666	193.184	195.115	197.066	199.038
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	764,34	0	0	0	0	0
- Bilanzielle Abschreibungen	0,00	0	1.336	1.336	1.336	1.336
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	3.767,35	840	2.710	2.710	2.710	2.710
= Ordentliche Aufwendungen	105.998,99	173.506	197.230	199.161	201.112	203.084
+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	123.961,00	173.858	226.677	228.609	230.560	232.531
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	7,02	29.447	29.447	29.448	29.448	29.447
= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	123.953,98	144.411	197.230	199.161	201.112	203.084
= Ergebnis	17.954,99	-29.095	0	0	0	0

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	VE 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
- Personalauszahlungen	102.618,02	172.666	183.822	0	185.660	187.516	189.392

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	VE 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	174,24	0	0	0	0	0	0
- Sonstige Auszahlungen	3.767,35	840	2.710	0	2.710	2.710	2.710
= Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	106.559,61	173.506	186.532	0	188.370	190.226	192.102
= Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-106.559,61	-173.506	-186.532	0	-188.370	-190.226	-192.102
= Saldo des Teilfinanzplanes	-106.559,61	-173.506	-186.532	0	-188.370	-190.226	-192.102
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	3.056,61	0	0	0	0	0	0
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	3.056,61	0	0	0	0	0	0
= Saldo aus Investitionstätigkeit	-3.056,61	0	0	0	0	0	0
= Saldo des Teilfinanzplanes	-109.616,22	-173.506	-186.532	0	-188.370	-190.226	-192.102

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	vorl. RE 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	VE 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,0	0,0	3,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Saldo Investitionstätigkeit	0,0	0,0	-3,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

Erläuterungen

Der Verwaltungsvorstand hat am 30.06.2009 beschlossen, ein Telefon Servicecenter (TSC) zur Verbesserung der telefonischen Erreichbarkeit der Stadtverwaltung im Fachbereich 3 einzurichten. Nach einer Einstiegsphase sind hier nunmehr 4 Arbeitsplätze Vollzeit besetzt. Die Erhöhung des Personals hat bereits in 2011 gewährleistet, dass immer mindestens 3 Arbeitsplätze, auch bei Abwesenheit durch Krankheit oder Urlaub, besetzt waren. Die Servicequalität, eines der Ziele des TSC, konnte dadurch verbessert werden. Die Aufstellung des TSC läuft im Rahmen eines Projektes. Nach Ende des Projektes wird das TSC als Teilteam zum 01.01.2012 in das Team 3.1 Bürgerberatung eingegliedert.

Erträge gibt es nur aus den Internen Leistungsverrechnungen der ehem. Telefonzentrale.

Die Steigerung der Personalkosten ist durch Verlagerung von Personalressourcen in das TSC begründet. Entsprechende Reduzierungen erfolgen im Gegenzug in anderen Produkten der Bürgerberatung.

Der Sachaufwand besteht nur aus wenigen Finanzmitteln für Reisekosten, um an Seminaren teilzunehmen und für Büromaterial. Fortbildungskosten werden über den Fachbereich 1 abgerechnet.

Investitionen sind für 2012 nicht geplant.

Kurzbeschreibung

Annahme, Prüfung, Bearbeitung und Entscheidung der im Leistungsumfang aufgeführten Leistungen

Ziele

Registrierung aller Einwohner/ innen sowie Ausstattung der Zielgruppe mit den erforderlichen, im Leistungsumfang genannten Personaldokumenten

Auftragsgrundlage

Meldegesetz; Bundeszentralregistergesetz; Wehrpflichtgesetz; Lohn- und Einkommenssteuergesetz; Passgesetz; Landesfischereigesetz, Verwaltungsverfahrensgesetz

Zielgruppe

Alle Einwohner/ innen im Gebiet der Stadt Detmold, interne und externe Dienststellen sowie Personen mit einem berechtigten Interesse

Politisches Gremium

Ausschuss für Bürgerservice, Ordnung, Feuerwehr und Rettungsdienst

Stellen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Stellen	Anz.	8,18	9,79	9,04	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Erfassung der Wehrpflichtigen	Anz.	404	400	400	-	-	-
Führerscheinanträge	Anz.	192	250	250	-	-	-
Personalausweise inklusive vorläufige	Anz.	10.248	10.000	10.000	-	-	-
Reisepässe inklusive vorläufige	Anz.	2.779	2.700	2.700	-	-	-
Kinderreisepässe inkl. Verlängerungen	Anz.	695	600	600	-	-	-
Fischereischeine	Anz.	275	300	300	-	-	-
Beglaubigung	Anz.	2.326	2.100	2.000	-	-	-
Summe aller Vorgänge	Anz.	4.719	4.766	3.167	-	-	-
Anzahl der Beschwerden/Lob	Anz.	6	-	-	-	-	-
Führungszeugnisse	Anz.	2.619	2.400	2.700	-	-	-
Auskünfte Gewerbezentralregister	Anz.	180	250	200	-	-	-
Melde- Aufenthaltsbescheinigungen	Anz.	8.364	7.500	7.500	-	-	-
Aufenthaltsermittlungen	Anz.	538	500	450	-	-	-
Untersuchungsberechtigungsscheine	Anz.	144	160	160	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Anzahl der An-/Ab- und Ummeldungen	Anz.	11.749,00	11.200,00	10.700,00	-	-	-
Anzahl der Ausstellung von Personaldokumenten	Anz.	13.722,00	13.100,00	13.300,00	-	-	-
durchschnittlicher Betriebsaufwand je Vorgang	€	15,88	18,88	27,55	-	-	-
Anzahl Beschwerden / Vorgänge	%	0,00	-	-	-	-	-

Teilergebnisplan	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Ertrags- und Aufwandsarten in €						
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	391.323,46	567.600	568.000	568.000	568.000	568.000
+ Sonstige ordentliche Erträge	1.538,50	0	1.000	1.000	1.000	1.000
= Ordentliche Erträge	392.861,96	567.600	569.000	569.000	569.000	569.000

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
- Personalaufwendungen	477.031,89	491.897	466.695	471.361	476.076	480.838
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	35.900,84	47.100	44.110	34.110	34.110	34.110
- Bilanzielle Abschreibungen	1.249,00	1.249	1.642	1.642	1.642	1.642
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	236.480,24	372.350	371.650	371.650	371.650	371.650
= Ordentliche Aufwendungen	750.661,97	912.596	884.097	878.763	883.478	888.240
= Ergebnis aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-357.800,01	-344.996	-315.097	-309.763	-314.478	-319.240
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	258.566,67	235.024	219.428	217.014	219.552	221.189
= Ergebnis	-616.366,68	-580.020	-534.525	-526.777	-534.030	-540.429

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	VE 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	389.161,86	567.600	568.000	0	568.000	568.000	568.000
+ Sonstige Einzahlungen	1.208,50	0	1.000	0	1.000	1.000	1.000
= Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	390.370,36	567.600	569.000	0	569.000	569.000	569.000
- Personalauszahlungen	467.000,29	476.019	453.945	0	458.483	463.070	467.701
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	34.656,24	47.100	44.110	0	34.110	34.110	34.110
- Sonstige Auszahlungen	235.759,00	372.350	371.650	0	371.650	371.650	371.650
= Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	737.415,53	895.469	869.705	0	864.243	868.830	873.461
= Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-347.045,17	-327.869	-300.705	0	-295.243	-299.830	-304.461
= Saldo des Teilfinanzplanes	-347.045,17	-327.869	-300.705	0	-295.243	-299.830	-304.461
+ Einzahl. aus Zuwendungen für Investitionsmaßn.	780,89	0	0	0	0	0	0
= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	780,89	0	0	0	0	0	0
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	3.250,20	5.500	3.500	0	0	0	0
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	3.250,20	5.500	3.500	0	0	0	0
= Saldo aus Investitionstätigkeit	-2.469,31	-5.500	-3.500	0	0	0	0
= Saldo des Teilfinanzplanes	-349.514,48	-333.369	-304.205	0	-295.243	-299.830	-304.461

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	vorl. RE 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	VE 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0,0	0,0	0,8	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	3,5	0,0	3,3	5,5	3,5	0,0	0,0	0,0	0,0
Saldo unterhalb der Wertgrenze	-3,5	0,0	-2,5	-5,5	-3,5	0,0	0,0	0,0	0,0
Saldo Investitionstätigkeit	-3,5	0,0	-2,5	-5,5	-3,5	0,0	0,0	0,0	0,0

Erläuterungen

Bei der Planung der Leistungsumfänge wurden die Ergebnisse der vergangenen Jahre zugrunde gelegt.

Die Gesamtentwicklung der Leistungsumfänge ist im Vergleich zu den letzten 2 Jahren ungefähr gleichbleibend.

Die Anzahl der Führungszeugnisanträge ist gestiegen, da eine Änderung im Jugendschutz stattgefunden hat, nachdem nun alle Personen, die mit Kindern und/oder Jugendlichen in Kontakt kommen, zwingend ein erweitertes Führungszeugnis vorweisen müssen.

Seit November 2010 gib es den neuen Personalausweis mit Chipfunktion, die Bürger müssen nun 20,80 Euro mehr bezahlen. Hierdurch ist ein deutlicher Anstieg der Einnahmen für diesen Bereich zu verzeichnen.

Die Einnahmen für 2012 werden im Vergleich zum Vorjahr etwas geringer ausfallen, da die Anzahl der Personalausweis anträge leicht rückläufig ist. Außerdem ist der Anteil der Personalausweis anträge für unter 24jährige etwa 1/3, wobei keine Einnahmen erzielt werden, die über die

Aufwendungen hinaus gehen. Diese entfallenden Einnahmen werden zum Teil von den Mehreinnahmen der Führungszeugnisse aufgefangen. Das neue Dokument ist in der Beschaffung teurer als sein Vorgänger, daher sind auch die Aufwendungen für Personalausweisvordrucke entsprechend höher.

Der Personalaufwand ist gesunken. Eine 3/4 Stelle wurde in das TSC (Telefonie) verlagert, eine halbe frei gewordene Stelle ist durch Stundenaufstockungen nur zum Teil wieder aufgefangen worden. Eine frei gewordene Stelle ist durch eine jüngere Person ersetzt worden.

Für die Gebäudeunterhaltung werden in 2011 und 2012 Finanzmittel benötigt. Diese sind vor allem für die Modernisierung nach über 15 Jahren Bürgerberatung vorgesehen. Aufgrund der Ergebnisse des Vergleichsringes wird möglicherweise ein Umbau der Räumlichkeiten der Bürgerberatung in die Bereiche Front - und Backoffice erforderlich. Die Maßnahme soll noch in 2011 beginnen und in 2012 zum Abschluss gebracht werden.

Kurzbeschreibung

Bearbeitung von Anträgen auf TV- und Rundfunkgebührenbefreiung bzw. -ermäßigung; Festsetzung der Hundesteuer unter Berücksichtigung von Befreiungsmöglichkeiten. Fundangelegenheiten. Zusätzliche Dienstleistungsangebote .

Ziele

Festsetzung bzw. Veranlagung zur kommunalen Steuer, Gewährung von sozialen Vergünstigungen, Verwaltung von Fundsachen.

Auftragsgrundlage

Verwaltungsvorschrift zur Befreiung von der Rundfunkgebührenpflicht aus sozialen Gründen; Hundesteuersatzung. Ratsbeschluss; BGB.

Zielgruppe

Alle Personen im Gebiet der Stadt Detmold, die ein TV- oder Rundfunkgerät zum Betrieb bereithalten; alle Hundehalter im Gebiet der Stadt Detmold. Alle Einwohnerinnen und Einwohner im Gebiet der Stadt Detmold und alle internen und externen Dienststellen sowie Rat suchende andere Personen.

Politisches Gremium

Ausschuss für Bürgerservice, Ordnung, Feuerwehr und Rettungsdienst

Stellen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Stellen	Anz.	2,85	3,68	3,43	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
GEZ-Anträge	Anz.	3.587	4.000	3.000	-	-	-
Anmeldung Hundesteuer	Anz.	497	350	350	-	-	-
Summe der Beschwerden/Lob	Anz.	6	-	-	-	-	-
Abmeldung Hundesteuer	Anz.	352	400	400	-	-	-
EU-Parkausweise	Anz.	195	160	160	-	-	-
Aufnahme von Fundanzeigen	Anz.	383	300	350	-	-	-
Ausgabe von Fundsachen	Anz.	107	100	100	-	-	-
Verlängerung Schwerbehindertenausweise	Anz.	426	350	350	-	-	-
nachrichtlich: Zahl der angemeldeten Hunde in Detmold	Anz.	3.156	2.884	3.246	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Anzahl Beschwerden / Vorgänge	%	0,00	-	-	-	-	-
durchschnittlicher Betriebsaufwand je Vorgang	€	32,4	32,4	34,7	-	-	-
Anzahl Vorgänge Hundesteuer	Anz.	819	750	750	-	-	-
Anzahl Vorgänge Sozialpässe	Anz.	2.104	2.000	2.000	-	-	-
Anzahl Vorgänge Fundsachen	Anz.	490	400	450	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.668,15	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000
+ Sonstige ordentliche Erträge	6.306,34	7.500	5.550	5.550	5.550	5.550
= Ordentliche Erträge	7.974,49	9.500	7.550	7.550	7.550	7.550
- Personalaufwendungen	159.375,95	163.785	160.715	162.322	163.946	165.585
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	15.273,99	18.687	16.987	16.987	16.987	16.987

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
- Bilanzielle Abschreibungen	0,00	0	177	177	177	177
- Transferaufwendungen	1.687,00	0	0	0	0	0
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	4.815,00	2.500	2.450	1.700	2.450	1.700
= Ordentliche Aufwendungen	181.151,94	184.972	180.329	181.186	183.560	184.449
= Ergebnis aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-173.177,45	-175.472	-172.779	-173.636	-176.010	-176.899
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	77.956,44	68.577	58.862	58.821	60.653	60.913
= Ergebnis	-251.133,89	-244.049	-231.641	-232.457	-236.663	-237.812

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	VE 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.668,15	2.000	2.000	0	2.000	2.000	2.000
+ Sonstige Einzahlungen	4.707,53	7.500	5.550	0	5.550	5.550	5.550
= Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	6.375,68	9.500	7.550	0	7.550	7.550	7.550
- Personalauszahlungen	156.011,18	157.733	154.937	0	156.486	158.052	159.632
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	15.273,99	18.687	16.987	0	16.987	16.987	16.987
- Transferauszahlungen	1.687,00	0	0	0	0	0	0
- Sonstige Auszahlungen	4.940,01	2.500	2.450	0	1.700	2.450	1.700
= Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	177.912,18	178.920	174.374	0	175.173	177.489	178.319
= Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-171.536,50	-169.420	-166.824	0	-167.623	-169.939	-170.769
= Saldo des Teilfinanzplanes	-171.536,50	-169.420	-166.824	0	-167.623	-169.939	-170.769
= Saldo des Teilfinanzplanes	-171.536,50	-169.420	-166.824	0	-167.623	-169.939	-170.769

Erläuterungen

Hundesteuer

Die Erträge belaufen sich im Rechnungsergebnis 2010 auf 188.342,60 €. Für den Planansatz 2012 dient dieses Ergebnis als Grundlage.

Tierheimunterstützung

Das Detmolder Tierheim "Tierschutz der Tat" wird mit einem vertraglich festgelegten Betrag i.H.v. 15.000 € im Jahr unterstützt. Das Tierheim erhält diesen Betrag in 2 Raten als Aufwendersersatz für die Aufnahme von Fundtieren aus dem Stadtgebiet Detmold.

Eine weitere Unterstützung wird für eine spezielle Projektarbeit ausgezahlt. Nach einem Beschluß des Rates wird jährlich ein Betrag i.H.v. 1.687 € gezahlt, der dafür verwendet werden soll, das Freisetzen von Tieren (z.B. in der Urlaubszeit) zu verhindern. Beide Beträge sind 2011 zu einer Summe auf einem Sachkonto zusammengefasst worden.

Die evtl. Mehreinnahmen durch die Veranlagung zur erhöhten Steuer für Hunde gem. § 2 Buchstabe d) und e) der Hundesteuersatzung fließen ebenfalls dem Tierheim zu. Im Jahr 2010 konnte keine Mehreinnahme verzeichnet werden.

GEZ-Befreiungen

Die Entscheidung über die Befreiung liegt mittlerweile im Zuständigkeitsbereich der GEZ. Der Aufwand bleibt bestehen, da die Kommunen aufgrund der Bürgernähe weiterhin die Antragsannahme und -weiterleitung sowie eine damit zusammenhängende Beratung anbieten.

Münzkopierer, Fotoautomat und Fundsachen

Die Erträge werden aus den Erlösen des Münzkopierers sowie durch die Nutzungsentschädigung für den Fotoautomaten erzielt. Der Versteigerungserlös ist nur bedingt planbar, da er von Menge und Wertigkeit der zu versteigernden Fundsachen abhängig ist. Der Leistungsumfang wurde aufgrund der Ergebnisse der letzten 5 Jahre prognostiziert.

Die Personalkosten entsprechen dem Rechnungsergebnis 2010. Entsprechend der Verlagerung der Telefonie aus der Bürgerberatung in das Telefon Servicecenter ist eine Viertelstelle verschoben worden.

Kurzbeschreibung

Vorbereitung, Durchführung und Nachbearbeitung von Wahlen; Erstellen von Statistiken

Ziele

Reibungslose Durchführung der Wahlen gewährleisten, die angeforderten und die Pflichtstatistiken zur Verfügung stellen.

Auftragsgrundlage

Bundeswahlgesetz, Landeswahlgesetz, Kommunalwahlgesetz, Europawahlgesetz, Spezialgesetze für die Statistiken.

Zielgruppe

Alle Wahlberechtigten, beteiligte Behörden, Parteien und Wählergruppen; interne und externe Dienststellen, Einzelpersonen.

Politisches Gremium

Ausschuss für Bürgerservice, Ordnung, Feuerwehr und Rettungsdienst

Stellen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Stellen	Anz.	1,60	1,49	1,49	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Wahlen: Anzahl der Wahlberechtigten	Anz.	57.557	-	-	-	-	-
davon intern	Anz.	150	150	125	-	-	-
davon extern	Anz.	94	100	125	-	-	-
Statistische Jahrbücher	Anz.	1	1	1	-	-	-
Anzahl der Beschwerden/Lob	Anz.	2	1	-	-	-	-
Anzahl der durchgeführten Wahlen	Anz.	1	-	-	-	-	-
Anzahl der Einwohner/innen	Anz.	75.504	75.552	-	-	-	-
Anzahl der angeschriebenen Wahlhelfer/innen	Anz.	498	-	-	-	-	-
Anzahl der Absagen der angeschriebenen Wahlhelfer/innen	Anz.	41	-	-	-	-	-
Anzahl der tatsächlichen Wähler/innen	Anz.	34.079	-	-	-	-	-
Anzahl der Briefwählerinnen	Anz.	8.043	-	-	-	-	-
davon Anzahl der für ungültig erklärten Wahlscheine	Anz.	19	-	-	-	-	-
davon Absagen	Anz.	41	-	-	-	-	-
nachrichtlich: Einwohnerzahl (Hauptwohnsitz) zum Stichtag 6 Wochen vor Wahltermin	Anz.	75.552	-	-	-	-	-
Anzahl der Wahllokale	Anz.	61	-	-	-	-	-
Gesamtzahl der Mitglieder der Wahlvorstände	Anz.	457	-	-	-	-	-
Statistiken Pflichtstatistiken	Anz.	1	0	-	-	-	-
davon Gesamterhebungen	Anz.	1	-	-	-	-	-
davon repräsentative Erhebungen	Anz.	0	-	-	-	-	-
angeforderte Statistiken	Anz.	244	250	250	0	0	0

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Anzahl der Beschwerden / Wahlberechtigte	%	0,00	-	-	-	-	-
Anzahl Wahlberechtigter bei durchgeführten Wahlen	Anz.	57.557,00	-	-	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
durchschnittlicher Betriebsaufwand je Wahlberechtigten	€	2,60	-	-	-	-	-
Verhältnis Wahlberechtigte zu Einwohner/innen	%	76,23	-	-	-	-	-
Verhältnis tatsächliche Wähler/innen zu Wahlberechtigten	%	59,21	-	-	-	-	-
Verhältnis Briefwähler/innen zu Wahlberechtigten	%	13,97	-	-	-	-	-
Verhältnis Briefwähler/innen zu tatsächlichen Wähler/innen	%	23,60	-	-	-	-	-
Verhältnis angeschriebene Wahlhelfer zu Absagen	%	8,23	-	-	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	870,00	300	250	500	250	250
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	40.635,97	50.000	0	53.000	50.000	70.000
= Ordentliche Erträge	41.505,97	50.300	250	53.500	50.250	70.250
- Personalaufwendungen	75.153,55	93.816	100.516	101.520	102.535	103.562
- Bilanzielle Abschreibungen	354,00	354	380	380	380	380
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	39.991,02	50.780	1.100	42.130	64.490	116.400
= Ordentliche Aufwendungen	115.498,57	144.950	101.996	144.030	167.405	220.342
= Ergebnis aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-73.992,60	-94.650	-101.746	-90.530	-117.155	-150.092
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	37.007,13	21.349	29.373	45.518	59.947	70.889
= Ergebnis	-110.999,73	-115.999	-131.119	-136.048	-177.102	-220.981

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	VE 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	870,00	300	250	0	500	250	250
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	43.977,44	50.000	0	0	53.000	50.000	70.000
= Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	44.847,44	50.300	250	0	53.500	50.250	70.250
- Personalauszahlungen	58.401,46	64.808	79.450	0	80.244	81.046	81.857
- Sonstige Auszahlungen	45.612,87	50.780	1.100	0	42.130	64.490	116.400
= Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	104.014,33	115.588	80.550	0	122.374	145.536	198.257
= Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-59.166,89	-65.288	-80.300	0	-68.874	-95.286	-128.007
= Saldo des Teilfinanzplanes	-59.166,89	-65.288	-80.300	0	-68.874	-95.286	-128.007
= Saldo des Teilfinanzplanes	-59.166,89	-65.288	-80.300	0	-68.874	-95.286	-128.007

Erläuterungen

Statistik:

Bisher weniger angeforderte Statistiken (Warten auf Zensusergebnisse).

Der Plan mit 250 Statistiken wurde aufrecht erhalten. Die neue Organisation im IT.NRW beinhaltet auch Änderungen im agrarstatistischen Erhebungsbereich. Erhebungen sind erst wieder für 2013 angekündigt.

Wahlen:

In 2012 ist keine Wahl geplant. Ab 2013 sind die Kosten für das ADV-Wahlprogramm und die Portokosten für das Briefwahlgeschäft dem Fb 1 zugeordnet und werden im Produkt Wahlen und Statistik nur noch als Interne Leistungsverrechnungen dargestellt.

Die ersten Ergebnisse des Zensus 2011 sollen Ende 2012 den Städten und Gemeinden zur weiteren Auswertung zur Verfügung gestellt werden. Hierdurch könnten evtl. ab 2013 erhöhte Einnahmen im Bereich Statistik dadurch erzielt werden, dass Firmen mehr Anfragen an die Statistik stellen. Die Personalkosten sind leicht erhöht. Die Zuführungen zu Pensions- und Beihilferückstellungen sind höher veranschlagt worden. Für vorbereitende Arbeiten sind Finanzmittel für Zusatzkräfte eingeplant worden.

Kurzbeschreibung

Umfassende Beratung der Hilfesuchenden über die individuellen Rechte und Pflichten in Rentenangelegenheiten

Ziele

Bürger/innen bei der Geltendmachung der Rechte behilflich sein und für umfassende Information sorgen

Auftragsgrundlage

§ 15 Sozialgesetzbuch Teil 1 (SGB I) und Spezialgesetze

Zielgruppe

Alle Bürger/ innen im Bereich der Stadt Detmold

Politisches Gremium

Ausschuss für Bürgerservice, Ordnung, Feuerwehr und Rettungsdienst

Stellen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Stellen	Anz.	2,60	2,65	2,15	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Anträge auf Rente	Anz.	942	1.100	1.100	-	-	-
Anträge auf Kontenklärung	Anz.	943	1.200	1.200	-	-	-
Zeugenerklärungen	Anz.	2	2	2	-	-	-
Anträge auf Kuren	Anz.	8	3	3	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Anzahl der Beschwerden / Gesamtzahl der Beratungen	%	0,00	-	-	-	-	-
Anzahl der Rentenberatungsgespräche	Anz.	3.431	3.200	3.400	-	-	-
durchschnittlicher Betriebsaufwand je Vorgang	€	1,88	2,12	2,06	-	-	-
Verhältnis Vorgänge zu Einwohner/innen in Detmold	%	0,07	0,07	0,08	-	-	-

Teilergebnisplan	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Ertrags- und Aufwandsarten in €						
- Personalaufwendungen	97.964,41	114.922	115.287	116.439	117.605	118.780
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.052,05	2.340	1.960	1.960	1.960	1.960
= Ordentliche Aufwendungen	100.016,46	117.262	117.247	118.399	119.565	120.740
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	25.674,60	28.012	27.020	27.139	27.535	27.910
= Ergebnis	-125.691,06	-145.274	-144.267	-145.538	-147.100	-148.650

Teilfinanzplan	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	VE 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Ein- und Auszahlungsarten in €							
- Personalauszahlungen	95.594,94	104.368	110.430	0	111.534	112.650	113.776
- Sonstige Auszahlungen	2.040,41	2.340	1.960	0	1.960	1.960	1.960
= Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	97.635,35	106.708	112.390	0	113.494	114.610	115.736

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	VE 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
= Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-97.635,35	-106.708	-112.390	0	-113.494	-114.610	-115.736
= Saldo des Teilfinanzplanes	-97.635,35	-106.708	-112.390	0	-113.494	-114.610	-115.736
= Saldo des Teilfinanzplanes	-97.635,35	-106.708	-112.390	0	-113.494	-114.610	-115.736

Erläuterungen

Für die Planung des nachfrageabhängigen Leistungsumfanges in 2012 wurden die Ergebnisse der letzten Jahre herangezogen.

Bei den Rentenanträgen und Zeugenerklärungen ist, wie auch in den Vorjahren, kein Anstieg zu erwarten. Die Anträge auf Kontenklärungen werden sich voraussichtlich wieder auf dem Durchschnitt der letzten Jahre bewegen.

Bei den Kuranträgen und auch bei den Beratungsgesprächen ist im Vergleich zu den Vorjahren ein leichter Anstieg zu erwarten, da bereits im 1. Halbjahr 2011 die Anzahl höher ist als im Vergleich zum gleichen Vorjahreszeitraum.

Erträge aus den Sachaufgaben gibt es im Produkt nicht.

Der Personalaufwand wurde gegenüber dem Rechnungsergebnis 2010 um rd. 16.000 € erhöht. Bisher war eine halbe Stelle einer Kollegin aus der Rentenstelle in der Bürgerberatung dargestellt. Das wird ab 2012 korrigiert. Die Overheadkosten haben sich durch den Wechsel auch verschoben.

Aufgrund eines interkommunalen Vergleiches konnte aus diesem Produkt eine halbe Stelle verlagert werden. Diese halbe Stelle wird ab 2012 mit 0,3 im TSC und mit 0,2 im Produkt Gewerbe dargestellt.

Die sonstigen ordentlichen Aufwendungen liegen unter dem Ergebnis 2010.

Kurzbeschreibung

Erlaubniserteilung sowie Unterbindung und Ahndung von Verstößen gegen Rechtsnormen der Auftragsgrundlage

Ziele

Sicherstellung einer geordneten Gewerbeausübung im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften; Steigerung des Freizeit- und Informationsangebotes in der Innenstadt

Auftragsgrundlage

Gewerbeordnung, Gaststättengesetz; Straßen- und Wegegesetz, Preisangabenverordnung, Sondernutzungssatzung

Zielgruppe

Gewerbetreibende im Gebiet der Stadt Detmold sowie alle Einwohner/ innen im Gebiet der Stadt Detmold

Politisches Gremium

Ausschuss für Bürgerservice, Ordnung, Feuerwehr und Rettungsdienst

Stellen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Stellen	Anz.	3,06	1,71	1,91	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Sondernutzungen kommerziell schriftlich	Anz.	373	400	350	-	-	-
Sondernutzungen kommerziell mündlich	Anz.	746	750	800	-	-	-
Sondernutzungen nicht kommerziell	Anz.	145	150	150	-	-	-
Sonderveranstaltungen Kronenplatz	Anz.	14	15	14	-	-	-
Anzahl der Beschwerden/Lob	Anz.	4	-	-	-	-	-
Gewerbeuntersagungen	Anz.	21	27	25	-	-	-
Erlaubnisse nach dem GastG	Anz.	119	100	120	-	-	-
Versagungen nach dem GastG	Anz.	3	6	5	-	-	-
Überwachung Preisauszeichnung	Anz.	32	40	40	-	-	-
Anzahl der Beanstandungen	Anz.	13	8	-	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Anzahl Beschwerden / Gesamtzahl der Vorgänge	%	0,00	-	-	-	-	-
Beanstandungen zu überprüften Getränkeschankanlagen	%	0,00	0,07	-	-	-	-
Beanstandungen zu überwachten Preisauszeichnungen	%	0,41	0,20	-	-	-	-
durchschnittlicher Betriebsaufwand je Vorgang	€	29,92	28,71	24,70	-	-	-
Anzahl der Gewerbemeldungen	Anz.	1.469	1.550	1.400	-	-	-
Auskünfte aus dem Gewerberegister	Anz.	1.236	1.400	1.000	-	-	-

Teilergebnisplan	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Ertrags- und Aufwandsarten in €						
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	199.618,75	210.000	210.000	210.000	210.000	210.000
+ Sonstige ordentliche Erträge	3.863,50	5.500	5.500	5.500	5.500	5.500
= Ordentliche Erträge	203.482,25	215.500	215.500	215.500	215.500	215.500
- Personalaufwendungen	89.629,90	93.282	67.728	68.405	69.088	69.783
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0	1.000	1.000	1.000	1.000

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
- Bilanzielle Abschreibungen	760,00	30	0	0	0	0
- Transferaufwendungen	1.602,33	2.000	1.600	1.600	1.600	1.600
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.498,07	2.000	2.313	2.313	2.313	2.313
= Ordentliche Aufwendungen	94.490,30	97.312	72.641	73.318	74.001	74.696
= Ergebnis aus lfd. Verwaltungstätigkeit	108.991,95	118.188	142.859	142.182	141.499	140.804
+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	29.916,00	28.976	28.976	28.976	28.976	28.976
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	32.634,91	33.217	25.653	25.586	25.975	26.298
= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-2.718,91	-4.241	3.323	3.390	3.001	2.678
= Ergebnis	106.273,04	113.947	146.182	145.572	144.500	143.482

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	VE 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	188.839,30	210.000	210.000	0	210.000	210.000	210.000
+ Sonstige Einzahlungen	4.178,81	5.500	5.500	0	5.500	5.500	5.500
= Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	193.018,11	215.500	215.500	0	215.500	215.500	215.500
- Personalauszahlungen	71.669,78	73.878	54.978	0	55.527	56.082	56.646
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0	1.000	0	1.000	1.000	1.000
- Transferauszahlungen	1.670,76	2.000	1.600	0	1.600	1.600	1.600
- Sonstige Auszahlungen	2.508,93	2.000	2.313	0	2.313	2.313	2.313
= Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	75.849,47	77.878	59.891	0	60.440	60.995	61.559
= Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	117.168,64	137.622	155.609	0	155.060	154.505	153.941
= Saldo des Teilfinanzplanes	117.168,64	137.622	155.609	0	155.060	154.505	153.941
= Saldo des Teilfinanzplanes	117.168,64	137.622	155.609	0	155.060	154.505	153.941

Erläuterungen

Der Leistungsumfang wurde auf der Grundlage der vergangenen Jahre geplant und angepasst.

Der Leistungsumfang für den Bereich Gaststätten ist insgesamt zurückgegangen. Im Jahr 2010 wurde die Gebührenordnung verändert, demnach sind nur Gaststätten mit Alkoholausschank erlaubnispflichtig.

D.h. nur bei Veranstaltungen bzw. Gaststätten mit einem Angebot von alkoholhaltigen Getränken sind Erlaubnisse zu erteilen. Z.B. Eisdielen, bestimmte Imbissbetriebe, bestimmte Feste sind erlaubnisfrei.

Der Leistungsumfang im Bereich Sondernutzungen wird in 2012 mit ca. 1.300 Fällen auf dem Niveau der Vorjahre liegen. Insgesamt kommen weniger ambulante Händler außerhalb der Flohmärkte und Jahrmärkte in die Fußgängerzone, um ihre Waren anzubieten.

Bei den Auskünften aus dem Gewereregister ist eine Aktualisierung nach unten erforderlich. Auskünfte werden offensichtlich zunächst kostenfrei bzw. kostengünstiger mit Hilfe des Internets eingeholt, denn eine einzelne Auskunft aus dem Gewereregister kostet 15 €.

Trotzdem wird bei den Erträgen erwartet, dass bei einem günstigeren Verlauf der Ansatz von 2011 ebenfalls erreicht wird.

Der Aufwand ist gesunken. Durch Verschiebung der Overheadkosten konnten die Personalkosten in der Planung gegenüber 2010 gesenkt werden. Die Dienstaufwendungen für Beamte (minus rd. 17.000 €) und die Zuführung zu Pensionsrückstellungen (minus rd. 6.000 €) sind niedriger als in 2010. Die ordentlichen Aufwendungen sind daher geringer.

Kurzbeschreibung

Erlaubniserteilung sowie Unterbindung und Ahndung von Verstößen gegen Rechtsnormen der Auftragsgrundlage

Ziele

Sicherstellung einer geordneten Gewerbeausübung im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften; Steigerung des Freizeit- und Kaufangebotes in der Innenstadt

Auftragsgrundlage

Gewerbeordnung, Marktsatzung

Zielgruppe

Beschicker und Betreiber sowie alle Einwohner/ innen im Gebiet der Stadt Detmold

Politisches Gremium

Ausschuss für Bürgerservice, Ordnung, Feuerwehr und Rettungsdienst

Stellen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Stellen	Anz.	0,90	0,90	0,90	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Anzahl der Beschwerden/Lob	Anz.	10	-	-	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Anzahl Beschwerden / Gesamtzahl der Vorgänge	%	0,02	-	-	-	-	-
Zulassungen für Jahrmärkte	Anz.	309	370	350	-	-	-
durchschnittlicher Betriebsaufwand je Vorgang	€	269,24	258,09	262,81	-	-	-
Durchführung Wochenmärkte	Anz.	157	155	156	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	756,30	1.168	9.971	10.249	10.100	10.720
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	126.800,20	147.000	138.500	138.500	138.500	138.500
= Ordentliche Erträge	127.556,50	148.168	148.471	148.749	148.600	149.220
- Personalaufwendungen	61.979,88	63.080	59.821	60.115	61.107	61.718
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	9.317,62	12.754	9.850	9.850	9.850	9.850
- Bilanzielle Abschreibungen	411,00	411	12.000	12.000	12.000	12.000
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	610,58	665	605	605	605	605
= Ordentliche Aufwendungen	72.319,08	76.910	82.276	82.570	83.562	84.173
= Ergebnis aus lfd. Verwaltungstätigkeit	55.237,42	71.258	66.195	66.179	65.038	65.047
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	54.066,47	59.238	52.108	52.201	51.098	51.178
= Ergebnis	1.170,95	12.020	14.087	13.978	13.940	13.869

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	VE 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	756,30	800	800	0	800	800	800
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	127.113,42	147.000	138.500	0	138.500	138.500	138.500
= Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	127.869,72	147.800	139.300	0	139.300	139.300	139.300
- Personalauszahlungen	57.909,29	59.017	56.676	0	57.243	58.206	58.788
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	9.786,56	12.754	9.850	0	9.850	9.850	9.850
- Sonstige Auszahlungen	604,74	665	605	0	605	605	605
= Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	68.300,59	72.436	67.131	0	67.698	68.661	69.243
= Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	59.569,13	75.364	72.169	0	71.602	70.639	70.057
= Saldo des Teilfinanzplanes	59.569,13	75.364	72.169	0	71.602	70.639	70.057
= Saldo des Teilfinanzplanes	59.569,13	75.364	72.169	0	71.602	70.639	70.057

Erläuterungen

Die Anzahl der Zulassungen für Jahrmärkte wird im Vergleich zu den Vorjahren leicht rückläufig sein.

Auch hier macht sich die wirtschaftliche Lage bemerkbar, die Nachfrage der Schausteller ist zurückgegangen.

Die Anzahl der Wochenmärkte bleibt unverändert, was auf die festgelegten Durchführungstage, jeweils Dienstag, Donnerstag und Samstag zurückzuführen ist.

Wie die Entwicklung bei den Erträgen ist, bleibt abzuwarten; im Ergebnis sollte der Ansatz 2011 erreicht werden.

Die ordentlichen Aufwendungen werden in 2012 rd. 9.000 € höher als in 2010 liegen. Die bilanziellen Abschreibungen für die Baumaßnahme Marktplatz sind hier dargestellt worden.

Die Personalkosten sind geringfügig trotz der Tarifierhöhungen durch Änderung bei der Zuordnung der Overheadkosten gesunken.

Kurzbeschreibung

Prüfung und Anordnung von Maßnahmen zur Gesundheitserhaltung; Unterbindung und Ahndung von Verstößen gegen Rechtsnormen sowie die Erteilung und Versagung von Genehmigungen und Anordnungen verschiedener Art

Ziele

Sicherstellung eines geordneten Zusammenlebens im Stadtgebiet Detmold durch Maßnahmen zur Erhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung

Auftragsgrundlage

Ordnungsbehördengesetz (OBG), Psychischkrankengesetz (PsychKG); Ordnungswidrigkeitengesetz (OWiG); Landesimmissionsschutzgesetz (LImSchG); Landeshundegesetz (LHundG NRW); Ordnungsbehördliche Verordnung und sonstige Spezialgesetze

Zielgruppe

Psychisch Kranke; natürliche und juristische Personen im Stadtgebiet Detmold

Politisches Gremium

Ausschuss für Bürgerservice, Ordnung, Feuerwehr und Rettungsdienst

Stellen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Stellen	Anz.	4,86	4,61	4,61	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Sachverhaltsermittlungen für andere ordnungsbehördliche Maßnahme "Bestat-tung"	Anz.	82	100	80	-	-	-
genehmigte Veranstaltungen mit Schallwie-dergabegeräten	Anz.	37	48	48	-	-	-
Anzahl der Beschwerden/Lob	Anz.	76	80	80	-	-	-
erteilte Erlaubnisse für Hunde der §§ 3 und 10 LHundG NRW	Anz.	51	-	-	-	-	-
Anzahl der angemeldeten Hunde im Stadt-gebiet	Anz.	1	2	4	-	-	-
Feststellung bissiger Hunde gem. § 3 LHundG NRW	Anz.	3.156	2.844	3.246	-	-	-
davon große Hunde nach § 11 LHundG NRW	Anz.	15	3	6	-	-	-
Feststellung der Haltungsveraussetzun-gen der großen Hunde nach § 11 LHundG NRW	Anz.	1.300	1.300	1.300	-	-	-
Maßnahmen bei Abfallablagerungen	Anz.	437	500	500	-	-	-
Maßnahmen bei Schrottfahrzeugen	Anz.	75	100	80	-	-	-
Sachverhaltsermittlungen für den Produkt-bereich	Anz.	67	80	80	-	-	-
	Anz.	114	110	100	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Anzahl Beschwerden / Gesamtzahl der Vorgänge	%	0,05	-	-	-	-	-
nachrichtlich: Anzahl der angemeldeten Hunde im Stadtgebiet	Anz.	3.156,00	2.844,00	3.246,00	-	-	-
durchschnittlicher Betriebsaufwand je Vor-gang	€	390,94	443,87	359,62	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Anzahl der Vorgänge nach OBG	Anz.	113	128	128	-	-	-
Anzahl der Vorgänge Hunde nach LHundG NRW	Anz.	453	505	510	-	-	-
Anzahl der Vorgänge Umweltschutz	Anz.	142	180	160	-	-	-
Anzahl der Vorgänge nach PsychKG	Anz.	129	110	120	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	4.099,27	4.450	4.120	4.120	4.120	4.120
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	46.289,77	40.000	45.000	45.000	45.000	45.000
+ Sonstige ordentliche Erträge	7.730,98	4.700	8.000	8.000	8.000	8.000
= Ordentliche Erträge	58.120,02	49.150	57.120	57.120	57.120	57.120
- Personalaufwendungen	284.592,10	350.947	271.573	274.288	277.031	279.801
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	4.220,37	4.800	4.850	4.850	4.850	4.850
- Bilanzielle Abschreibungen	1.614,42	1.589	480	480	480	480
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	76.353,98	93.300	77.125	77.125	77.125	77.125
= Ordentliche Aufwendungen	366.780,87	450.636	354.028	356.743	359.486	362.256
= Ergebnis aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-308.660,85	-401.486	-296.908	-299.623	-302.366	-305.136
+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	200,00	600	350	350	350	350
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	46.145,56	56.007	44.312	44.223	44.433	44.562
= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-45.945,56	-55.407	-43.962	-43.873	-44.083	-44.212
= Ergebnis	-354.606,41	-456.893	-340.870	-343.496	-346.449	-349.348

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	VE 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	4.010,00	4.450	4.120	0	4.120	4.120	4.120
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	56.388,15	40.000	45.000	0	45.000	45.000	45.000
+ Sonstige Einzahlungen	6.769,23	4.700	8.000	0	8.000	8.000	8.000
= Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	67.167,38	49.150	57.120	0	57.120	57.120	57.120
- Personalauszahlungen	262.538,21	319.688	241.487	0	243.901	246.340	248.803
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	4.205,87	4.800	4.850	0	4.850	4.850	4.850
- Sonstige Auszahlungen	84.020,75	93.300	77.125	0	77.125	77.125	77.125
= Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	350.764,83	417.788	323.462	0	325.876	328.315	330.778
= Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-283.597,45	-368.638	-266.342	0	-268.756	-271.195	-273.658
= Saldo des Teilfinanzplanes	-283.597,45	-368.638	-266.342	0	-268.756	-271.195	-273.658
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	119,00	0	0	0	0	0	0
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	119,00	0	0	0	0	0	0
= Saldo aus Investitionstätigkeit	-119,00	0	0	0	0	0	0
= Saldo des Teilfinanzplanes	-283.716,45	-368.638	-266.342	0	-268.756	-271.195	-273.658

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt-ausgabebedarf	bisher bereit gest.	vorl. RE 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	VE 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,0	0,0	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	vorl. RE 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	VE 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Saldo Investitionstätigkeit	0,0	0,0	-0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

Erläuterungen

Der Leistungsumfang für 2012 ist auf der Grundlage der vergangenen Jahre geplant worden und wird sich gegenüber 2011 in einigen Bereichen leicht verändern. Bei den Einsätzen nach dem Psych KG, den erteilten Erlaubnissen für Hunde und den Feststellungen bissiger Hunde wird mit mehr Fällen gerechnet. Bei den Umweltschutzmaßnahmen und den Sachverhaltsermittlungen wird mit weniger Fällen gerechnet. Der Leistungsumfang ist nachfrageabhängig und teilweise unvorhergesehen. Eine genaue Planung ist daher schwer möglich.

Die Erträge wurden auf der Grundlage des Ergebnisses von 2010 geplant und liegen nur rd. 1.000 € unter dem Ergebnis 2010. Es wird mit rd. 57.000 € Erträge gerechnet. Es werden nur geringe Erträge aus internen Leistungsbeziehungen erwartet. Bei den Erstattungen für Ersatzvornahmen bei Sterbefällen wurde in etwa das Ergebnis 2010 als Grundlage genommen. Es ist zwar nur schwer möglich, die Anzahl von Sterbefällen genau zu planen, jedoch wird aus den Erfahrungen des letzten Jahres nicht mit einer Erhöhung der Erstattungen gerechnet. Die Personalkosten sind gegenüber dem Vorjahr gesunken. Die Overheadkosten sind durch den Weggang des bisherigen Fachbereichsleiters reduziert worden. Eine halbe Stelle ist entfallen und wurde in das Produkt Parkraumbewirtschaftung und Überwachung geschoben. Eine halbe Stelle reicht aus, da durch die Ordnungspartnerschaft im innerstädtischen Bereich Aufgaben aus dem Ermittlungsdienst mit abgedeckt werden und darüber hinaus Aufträge für Aufenthaltsermittlungen zurückgegangen sind.

Es wurden rd. 82.000 € für Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen und für sonstige ordentliche Aufwendungen eingeplant und damit rd. 18.000 € weniger als im Vorjahr. Für die Beseitigung von Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung werden voraussichtlich nicht mehr Finanzmittel als in 2010 benötigt. Bei der Rattenbekämpfung konnten durch eine neue Ausschreibung und durch einen neuen Vertrag die Kosten gesenkt werden. Die Anzahl der Rattenbekämpfungsaktionen ist unverändert geblieben.

Das Projekt "Ordnungspartnerschaften", das in Zusammenarbeit mit der Polizei durchgeführt wird, ist bis zum 30.04.2012 befristet. Die Polizei in Detmold hat sich dahingehend geäußert, dass der städtische Anteil auf eine Vollzeitstelle erhöht werden sollte. Hier wird aber seitens des FB 3 zurzeit kein Handlungsbedarf gesehen, weil die Rahmenbedingungen noch weiter optimiert werden müssen, um eine effiziente Zusammenarbeit zu gewährleisten. Das wurde mit der Polizei entsprechend besprochen und von dort so akzeptiert.

Der Anteil von 0,5 Stellen wurde für das ganze Jahr 2012 berücksichtigt.

Kurzbeschreibung

Bewirtschaftung der Parkobjekte, Kontrolle des ruhenden Verkehrs

Ziele

Sicherheit und Ordnung im Straßenverkehr

Auftragsgrundlage

Straßenverkehrsordnung, Straßenverkehrsgesetz, Polizeigesetz, Ordnungswidrigkeitengesetz

Zielgruppe

Motorisierte Verkehrsteilnehmer/innen

Politisches Gremium

Ausschuss für Bürgerservice, Ordnung, Feuerwehr und Rettungsdienst

Stellen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Stellen	Anz.	8,02	7,82	7,82	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Anzahl der Beschwerden/Lob	Anz.	22	-	-	-	-	-
Anzahl der Verwarnungen	Anz.	32.368	32.000	32.000	-	-	-
Anzahl der Bußgelder	Anz.	3.048	3.000	3.000	-	-	-
Kontrolle und Überwachung des ruhenden Verkehrs	Anz.	-	-	-	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Personalaufwand / Aufwendungen	%	42,08	30,91	38,91	39,35	39,93	40,40

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	942.938,62	1.118.000	980.000	980.000	980.000	980.000
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	500	500	500	500	500
+ Sonstige ordentliche Erträge	327.044,52	350.000	350.000	350.000	350.000	350.000
= Ordentliche Erträge	1.269.983,14	1.468.500	1.330.500	1.330.500	1.330.500	1.330.500
- Personalaufwendungen	376.031,25	345.242	369.974	373.468	376.999	380.565
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	239.459,64	284.040	249.350	249.350	249.350	249.350
- Bilanzielle Abschreibungen	3.365,00	3.365	826	626	626	626
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	21.108,57	38.455	32.809	34.267	16.810	18.450
= Ordentliche Aufwendungen	639.964,46	671.102	652.959	657.711	643.785	648.991
= Ergebnis aus lfd. Verwaltungstätigkeit	630.018,68	797.398	677.541	672.789	686.715	681.509
+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	3.897	3.975	3.995	4.000	4.000
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	632.234,68	801.295	681.516	676.784	690.715	685.509
= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-632.234,68	-797.398	-677.541	-672.789	-686.715	-681.509
= Ergebnis	-2.216,00	-0	-0	0	0	0

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	VE 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	920.182,87	1.118.000	980.000	0	980.000	980.000	980.000
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	0,00	500	500	0	500	500	500
+ Sonstige Einzahlungen	340.371,86	350.000	350.000	0	350.000	350.000	350.000
= Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	1.260.554,73	1.468.500	1.330.500	0	1.330.500	1.330.500	1.330.500
- Personalauszahlungen	360.364,01	324.514	349.443	0	352.732	356.091	359.412
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	240.835,40	284.040	249.350	0	249.350	249.350	249.350
- Sonstige Auszahlungen	19.470,73	38.455	31.449	0	34.267	15.450	18.450
= Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	620.670,14	647.009	630.242	0	636.349	620.891	627.212
= Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	639.884,59	821.491	700.258	0	694.151	709.609	703.288
= Saldo des Teilfinanzplanes	639.884,59	821.491	700.258	0	694.151	709.609	703.288
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	1.718,05	0	1.560	0	0	1.360	0
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	1.718,05	0	1.560	0	0	1.360	0
= Saldo aus Investitionstätigkeit	-1.718,05	0	-1.560	0	0	-1.360	0
= Saldo des Teilfinanzplanes	638.166,54	821.491	698.698	0	694.151	708.249	703.288

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	vorl. RE 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	VE 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,2	0,0	1,7	0,0	1,6	0,0	0,0	1,4	0,0
Saldo Investitionstätigkeit	-0,2	0,0	-1,7	0,0	-1,6	0,0	0,0	-1,4	0,0

Erläuterungen

Durch die Kontrolle des Ruhenden Verkehrs wird die Einhaltung von verkehrsrechtlichen Anordnungen auf der Grundlage der Straßenverkehrsordnung, des Straßenverkehrsgesetzes, des Polizeigesetzes sowie des Ordnungswidrigkeitengesetzes überwacht. Ziel ist dabei die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung im öffentlichen Straßenraum.

Der Fachbereich 3 rechnet insgesamt mit ordentlichen Erträgen in einer Höhe von rd. 1.330.000 Euro. Davon allein aus den Parkvorgängen an Straßen und Plätzen 980.000 Euro sowie aus dem Bereich der Verkehrsüberwachung 350.000 Euro.

Die Ausgaben für Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen sind in Höhe von rd. 249.000 Euro kalkuliert worden und liegen damit um rd. 10.000 € höher als in 2010. Für sonstige Aufwendungen wurden rd. 33.000 Euro und für Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen rd. 682.000 Euro geplant.

Die Personalkosten sind gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Hierbei handelt es sich um eine Verschiebung einer halben Stelle vom Produkt Öffentliche Sicherheit und Ordnung zum Produkt Parkraumbewirtschaftung und Überwachung. Damit soll der Personalbedarf bei den Verkehrsüberwachungskräften gedeckt werden.

Seit Beginn des Projektes "Ordnungspartnerschaften" im Mai 2010 sind 15,5 Fehlstd. im Team Parkraumbewirtschaftung entstanden. In Verbindung mit dem neuen Parkkonzept, das einen Personalbedarf von 4 Std./W. darstellt, sollte insgesamt eine Stellenbesetzung von 0,5 Vollzeitstellen erfolgen.

Kurzbeschreibung

Bekämpfung von Bränden
Hilfeleistung bei Unglücksfällen, öffentlichen Notständen
Naturereignissen, Explosionen

Ziele

Die Detmolder Bevölkerung jederzeit und schnellstmöglich zu schützen bzw. zu versorgen

Auftragsgrundlage

FSHG, UVV und FwDV

Zielgruppe

Detmolder Bevölkerung und deren Sachwerte

Politisches Gremium

Ausschuss für Bürgerservice, Ordnung, Feuerwehr und Rettungsdienst

Stellen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Stellen	Anz.	29,50	31,20	30,60	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Einsätze zur Brandbekämpfung und techn. Hilfeleistung	Anz.	430	440	470	-	-	-
Hilfeleistung bei öffentlichen Notständen	Anz.	0	0	0	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Anzahl der Brandeinsätze	Anz.	108	200	220	-	-	-
Anzahl der technischen Hilfeleistungen	Anz.	322	240	250	-	-	-
Durchschnittlicher Betriebsaufwand je Einsatz	€	6.523	6.679	6.249	-	-	-
Einsätze mit Erreichung der Hilfsfrist/Gesamtzahl zeitkritischer Einsätze	%	88	90	90	0	0	0

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	118.606,00	60.098	82.921	83.079	75.086	81.880
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	39.878,43	42.600	39.000	39.000	39.000	39.000
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	14.737,10	15.600	14.700	14.700	14.700	14.700
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	11.426,95	11.000	10.600	10.600	10.600	10.600
+ Sonstige ordentliche Erträge	914,23	3.340	960	960	960	960
= Ordentliche Erträge	185.562,71	132.638	148.181	148.339	140.346	147.140
- Personalaufwendungen	1.777.623,62	1.893.004	1.954.131	1.973.635	1.993.334	2.013.229
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	296.156,11	332.930	307.270	330.770	316.770	294.270
- Bilanzielle Abschreibungen	261.595,00	224.308	196.971	219.936	244.975	247.364
- Transferaufwendungen	5.314,90	5.317	5.350	5.350	5.350	5.350
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	188.229,74	193.720	202.850	190.650	202.850	190.650
= Ordentliche Aufwendungen	2.528.919,37	2.649.279	2.666.572	2.720.341	2.763.279	2.750.863
= Ergebnis aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-2.343.356,66	-2.516.641	-2.518.391	-2.572.002	-2.622.933	-2.603.723

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	2.305,80	5.000	4.000	4.000	4.000	4.000
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	278.546,63	290.692	270.402	273.771	277.515	280.840
= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-276.240,83	-285.692	-266.402	-269.771	-273.515	-276.840
= Ergebnis	-2.619.597,49	-2.802.333	-2.784.793	-2.841.773	-2.896.448	-2.880.563

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	VE 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	3.690,00	1.000	0	0	0	0	0
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	35.228,18	42.600	39.000	0	39.000	39.000	39.000
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	14.762,10	15.660	14.760	0	14.760	14.760	14.760
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	10.366,87	11.000	10.600	0	10.600	10.600	10.600
+ Sonstige Einzahlungen	889,23	3.280	900	0	900	900	900
= Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	64.936,38	73.540	65.260	0	65.260	65.260	65.260
- Personalauszahlungen	1.441.058,60	1.398.302	1.408.247	0	1.422.293	1.436.479	1.450.805
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	282.977,17	332.930	307.270	0	330.770	316.770	294.270
- Transferauszahlungen	5.314,90	5.317	5.350	0	5.350	5.350	5.350
- Sonstige Auszahlungen	156.569,33	132.420	156.350	0	144.150	147.850	135.650
= Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	1.885.920,00	1.868.969	1.877.217	0	1.902.563	1.906.449	1.886.075
= Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-1.820.983,62	-1.795.429	-1.811.957	0	-1.837.303	-1.841.189	-1.820.815
= Saldo des Teilfinanzplanes	-1.820.983,62	-1.795.429	-1.811.957	0	-1.837.303	-1.841.189	-1.820.815
+ Einzahl. aus Zuwendungen für Investitionsmaßn.	138.663,10	138.600	138.600	0	138.600	138.600	138.600
+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanl.	0,00	500	500	0	500	500	500
= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	138.663,10	139.100	139.100	0	139.100	139.100	139.100
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm. (Kassenwirksamkeit)	205.259,12	317.800	162.000	210.000	715.000 (210.000)	1.080.000 (0)	455.000 (0)
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	205.259,12	317.800	162.000	210.000	715.000	1.080.000	455.000
= Saldo aus Investitionstätigkeit	-66.596,02	-178.700	-22.900	-210.000	-575.900	-940.900	-315.900
= Saldo des Teilfinanzplanes	-1.887.579,64	-1.974.129	-1.834.857	-210.000	-2.413.203	-2.782.089	-2.136.715

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	vorl. RE 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	VE 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
B02083201 Anschaffung von Geräten oberhalb von 410 EUR, Feuerwehr DT									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	249,0	0,0	32,2	30,0	49,0	0,0	140,0	30,0	30,0
B02083202 Pauschale für das Feuerwehrwesen									
= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0,0	0,0	138,7	138,6	138,6	0,0	138,6	138,6	138,6
B02083204 Anschaffung von Fahrzeugen, Feuerwehr DT									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	1.903,0	0,0	116,5	208,0	48,0	210,0	510,0	985,0	360,0

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	vorl. RE 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	VE 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0,0	0,0	0,0	0,5	0,5	0,0	0,5	0,5	0,5
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	40,0	0,0	56,6	79,8	65,0	0,0	65,0	65,0	65,0
Saldo unterhalb der Wertgrenze	-40,0	0,0	-56,6	-79,3	-64,5	0,0	-64,5	-64,5	-64,5
Saldo Investitionstätigkeit	-2.192,0	0,0	-66,6	-178,7	-22,9	-210,0	-575,9	-940,9	-315,9

Erläuterungen

Der derzeitige Brandschutzbedarfsplan vom 20.09.2007 in Verbindung mit dem Ratsbeschluss vom 11.07.2002 zur langfristigen Umsetzung der neuen Fahrzeugstruktur und die hieraus abgeleiteten Maßnahmen stellen im Planungsergebnis dar, was zum einem Schutzziele mit einem bestmöglichen Sicherheitsniveau festgelegt und damit das Risikopotential für die Detmolder Bevölkerung minimiert und zum anderen eine effiziente Entwicklung im Feuerwehrbereich ermöglicht. Der fortgeschriebene Brandschutzbedarfsplan wird z. Z. mit folgenden Zielsetzungen und Maßnahmen durchgeführt:

- Schutzzielerrreichungsgrad für das Schutzziel I auf Planung 90%
- Planung des Neubaus des Feuerwehrgerätehauses in Pivitsheide (Planung und Baudurchführung 2013/2014)
- Fortschreibung der langfristigen Umsetzung der Fahrzeugstruktur bis 2025
- In 2012 ist der Brandschutzbedarfsplan fortzuschreiben.

Aufgrund des EuGH-Urteils vom 14.07.2005 i.V.m der neuen AZVOFeu vom 01.09.2006 sind die Voraussetzungen für die Umsetzung der 48-Stunden-Woche zum 01.01.2011 geschaffen worden. Es wurden 2009 fünf Brandmeisteranwärter eingestellt. Diese haben im Oktober 2010 ihre Ausbildung beendet und wurden zur Probe übernommen. Das hat Auswirkungen auf die Personalkosten. Die erhöhten Personalkosten sind durch Tarifsteigerungen, LOB und Übernahme von Brandmeisteranwärtern begründet. (2 Brandmeisteranwärter ab 01.04.2012)

Im abwehrenden Brandschutz entstehen naturgemäß die größten Positionen des Mittelabflusses sächlicher wie personeller Art (Vorhaltekosten).

Gleichzeitig ist dieses Produkt mit der höchsten Planungssicherheit behaftet. Die zur Erfüllung der Aufgaben notwendigen Vorhaltungen bestimmen im Wesentlichen die Ausgaben.

Hauptaufgabe des FB 3 wird es sein, das erforderliche Maß an Sicherheit in Einklang zu bringen mit der größtmöglichen Qualität der Leistungen und darüber hinaus die Effizienz zu optimieren.

Erläuterungen zu Investitionen:

Planungsstand nach § 14 GemHVO:

Zu B 02083204: Die Voraussetzungen des § 14 GemHVO sind erfüllt.

Kurzbeschreibung

Beteiligung im bauaufsichtlichen Verfahren - Brandschau - Brandsicherheitswachen - Stellungnahmen im Baugenehmigungsverfahren

Ziele

Verhindern von Gefährdungen für Personen und Sachen

Auftragsgrundlage

FSHG, UVV und FwDV

Zielgruppe

Personen, Betriebe, Einrichtungen in Detmold

Politisches Gremium

Ausschuss für Bürgerservice, Ordnung, Feuerwehr und Rettungsdienst

Stellen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Stellen	Anz.	1,75	2,30	2,30	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Anzahl der Vorgänge gesamt	Anz.	417	293	410	0	0	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Anteil der Brandschauen mit erheblichen Mängeln zur Gesamtzahl der Brandschauen	%	0	3	5	-	-	-
Anzahl der Brandschauen	Anz.	67	63	80	-	-	-
Anzahl der Stellungnahmen im Baugenehmigungsverfahren	Anz.	209	140	180	-	-	-
Beratungen	Anz.	141	90	150	-	-	-
Durchschnittlicher Betriebsaufwand je Vorgang	€	441	556	381	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	5.500	30.500	30.500	30.500	30.500
= Ordentliche Erträge	0,00	5.500	30.500	30.500	30.500	30.500
- Personalaufwendungen	168.729,63	150.160	141.891	143.306	144.740	146.186
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	4.511,34	3.400	4.400	4.400	4.400	4.400
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	8.636,41	8.000	33.023	33.023	33.023	33.023
= Ordentliche Aufwendungen	181.877,38	161.560	179.314	180.729	182.163	183.609
= Ergebnis aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-181.877,38	-156.060	-148.814	-150.229	-151.663	-153.109
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	2.577,00	2.957	2.616	2.651	2.690	2.725
= Ergebnis	-184.454,38	-159.017	-151.430	-152.880	-154.353	-155.834

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	VE 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	5.500	30.500	0	30.500	30.500	30.500
= Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0,00	5.500	30.500	0	30.500	30.500	30.500
- Personalauszahlungen	109.546,71	111.109	103.770	0	104.804	105.854	106.910
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	4.440,87	3.400	4.400	0	4.400	4.400	4.400
- Sonstige Auszahlungen	9.780,41	8.000	33.023	0	33.023	33.023	33.023
= Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	123.767,99	122.509	141.193	0	142.227	143.277	144.333
= Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-123.767,99	-117.009	-110.693	0	-111.727	-112.777	-113.833
= Saldo des Teilfinanzplanes	-123.767,99	-117.009	-110.693	0	-111.727	-112.777	-113.833
= Saldo des Teilfinanzplanes	-123.767,99	-117.009	-110.693	0	-111.727	-112.777	-113.833

Erläuterungen

In den letzten Jahren wurden im FB 3 die Aktivitäten im Bereich des vorbeugenden Brandschutzes intensiviert.

Die Grundüberlegung war, dass die Vermeidung von Bränden nicht allein durch das bloße Beachten von Brandschutzvorschriften zu erreichen ist. Vielmehr soll durch Brandschutzerziehungsmaßnahmen im Kindergartenalter und im Schulbereich das diesbezügliche Verhalten in Brandsituationen geschärft werden. In enger Zusammenarbeit mit der Wehrführung wurden ab Herbst 2001 die Maßnahmen zur Brandschutzerziehung und Brandschutzaufklärung (BEBA) systematisch verstärkt.

Mit Wirkung vom 01.01.2011 wurde die Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Durchführung der Brandschau in der Stadt Detmold (Brandschau-Gebührensatzung) vom 16.12.2010 durch den Rat beschlossen.

Nach Abstimmung mit dem damaligen Fachbereich 9 (heute FB 2) ist das Projekt BEBA in den Kindergärten und Kindertagesstätten erfolgreich in 2002 gestartet. Beteiligung und Resonanz sind hervorragend. Das Projekt wird 2012 ff. fortgeführt.

Die Anstrengungen im Vorbeugenden Brandschutz (Brandschauen) beziehen sich jedoch im Wesentlichen auf die Sicherheit in öffentlichen Gebäuden und Gewerbebetrieben.

Seit Mai 2004 nimmt die Feuerwehr der Stadt Detmold die Aufgaben der Brandschutzdienststelle nach FSHG als Pflichtaufgabe wahr, dazu gehören im Wesentlichen die brandschutztechnischen Stellungnahmen im Baugenehmigungsverfahren, zu Brandschutzkonzepten, Rettungswegen usw.

Kurzbeschreibung

Transport von Nicht - Notfallpatienten (Krankentransport)

Ziele

Fachgerechte Hilfe zu leisten
 Unter Betreuung zu transportieren

Auftragsgrundlage

Rett.-Gesetz, RettAss.-Gesetz, Bundesseuchengesetz, Rettungsbedarfsplan

Zielgruppe

Menschen im rettungsdienstlichen Versorgungsbereich

Politisches Gremium

Ausschuss für Bürgerservice, Ordnung, Feuerwehr und Rettungsdienst

Stellen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Stellen	Anz.	6,37	6,55	6,55	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Anzahl der Einsätze	Anz.	4.040	4.500	3.200	-	-	-
Durchschnittliche Betriebsaufwand je Einsatz	€	123	118	177	-	-	-
Quote der Einsätze mit Einhaltung der Eintreffzeiten / Gesamtzahl der Einsätze	%	85	82	80	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	432	0	0	0	0
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	371.248,00	528.151	555.797	559.337	569.074	575.023
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	366,79	150	400	400	400	400
+ Sonstige ordentliche Erträge	10.727,69	5.530	10.000	10.000	10.000	10.000
= Ordentliche Erträge	382.342,48	534.263	566.197	569.737	579.474	585.423
- Personalaufwendungen	223.908,93	235.264	319.802	322.981	326.197	329.443
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	176.407,72	195.500	163.800	163.800	163.800	163.800
- Bilanzielle Abschreibungen	36.541,63	32.234	24.620	24.749	30.919	33.436
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	14.727,80	15.140	14.850	14.850	14.850	14.850
= Ordentliche Aufwendungen	451.586,08	478.138	523.072	526.380	535.766	541.529
= Ergebnis aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-69.243,60	56.125	43.125	43.357	43.708	43.894
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	52.310,43	56.125	43.125	43.357	43.708	43.894
= Ergebnis	-121.554,03	0	0	-0	0	0

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	VE 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	863.359,70	455.151	542.876	0	559.337	569.074	575.023
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	30	0	0	0	0	0

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	VE 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	0,00	150	400	0	400	400	400
+ Sonstige Einzahlungen	10.727,69	5.500	10.000	0	10.000	10.000	10.000
= Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	874.087,39	460.831	553.276	0	569.737	579.474	585.423
- Personalauszahlungen	211.148,65	224.051	306.276	0	309.320	312.400	315.508
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	182.122,17	195.500	163.800	0	163.800	163.800	163.800
- Sonstige Auszahlungen	12.012,74	11.140	12.050	0	12.050	12.050	12.050
= Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	405.283,56	430.691	482.126	0	485.170	488.250	491.358
= Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	468.803,83	30.140	71.150	0	84.567	91.224	94.065
= Saldo des Teilfinanzplanes	468.803,83	30.140	71.150	0	84.567	91.224	94.065
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	9.537,14	24.500	23.300	0	8.300	107.100	110.000
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	9.537,14	24.500	23.300	0	8.300	107.100	110.000
= Saldo aus Investitionstätigkeit	-9.537,14	-24.500	-23.300	0	-8.300	-107.100	-110.000
= Saldo des Teilfinanzplanes	459.266,69	5.640	47.850	0	76.267	-15.876	-15.935

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	vorl. RE 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	VE 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	237,5	0,0	9,5	24,5	23,3	0,0	8,3	107,1	110,0
Saldo Investitionstätigkeit	-237,5	0,0	-9,5	-24,5	-23,3	0,0	-8,3	-107,1	-110,0

Erläuterungen

Auf der Grundlage des Rettungsbedarfsplanes für den Kreis Lippe wurde auch erstmalig eine eigene städtische Gebührensatzung erstellt. Der Kreis Lippe hat diesen Rettungsbedarfsplan überarbeitet und am 13.12.2010 mit Wirkung zum 01.01.2011 verabschiedet.

Durch eine nicht zu erwartende positive Einsatzentwicklung wurden Gebührenüberschüsse erzielt und erzwangen eine neue Gebührensatzung ab 01.01.2009. Diese Überschüsse wurden in den drei Jahren abgeschmolzen und es bedarf einer Anpassung der Gebührensatzung für das Jahr 2012.

Der FB 3 rechnet für das Jahr 2012 mit einer Verringerung der Krankentransporteinsätze gegenüber den Vorjahren, weil der Kreis Lippe ab 2011 mehrere Fahrzeuge für dieses Produkt kreisweit vorhält. Es sind voraussichtlich 3200 Einsätze zu erwarten.

Durch die Mehrzweckfahrzeugstrategie ist auch das Produkt 200 (RTW/Transport von Notfallpatienten) an dem Produkt 100 beteiligt und der RTW führt auch KTW-Transporte durch.

Das Fachbereichscontrolling wird in Abstimmung mit dem PGV RettD die Aktivitäten beobachten und bei größeren Abweichungen der Planzahlen zeitnah in den Prozess eingreifen und steuern.

Kurzbeschreibung

Lebensrettende Sofortmaßnahmen
Transportfähigkeit herstellen
Transport von Notfallpatienten

Ziele

Vitale Funktion herstellen und aufrechterhalten
Notfallpatienten unter Betreuung zu transportieren

Auftragsgrundlage

Rett.-Gesetz, RettAss.-Gesetz, Bundesseuchengesetz, Rettungsbedarfsplan

Zielgruppe

Menschen im rettungsdienstlichen Versorgungsbereich

Politisches Gremium

Ausschuss für Bürgerservice, Ordnung, Feuerwehr und Rettungsdienst

Stellen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Stellen	Anz.	18,80	20,73	20,73	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Anzahl der Einsätze	Anz.	4.473	3.850	4.200	-	-	-
Anzahl der Einsätze nach 21.00 Uhr / Gesamtzahl der Einsätze	%	23	18	18	-	-	-
Durchschnittlicher Betriebsaufwand je Einsatz	€	283	353	333	-	-	-
Einsätze mit Erreichung der Hilfsfrist / Gesamtzahl der zeitkritischen Einsätze	%	95	91	90	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	432	0	0	0	0
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	1.248.399,05	1.347.527	1.389.298	1.382.807	1.382.142	1.408.665
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	230	0	0	0	0
+ Sonstige ordentliche Erträge	12.118,49	9.000	11.000	11.000	11.000	11.000
= Ordentliche Erträge	1.260.517,54	1.357.189	1.400.298	1.393.807	1.393.142	1.419.665
- Personalaufwendungen	919.478,34	1.024.847	1.037.775	1.048.144	1.058.621	1.069.201
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	212.373,68	175.365	219.770	219.770	219.770	219.770
- Bilanzielle Abschreibungen	56.227,00	74.727	76.148	59.027	47.486	63.221
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	17.817,61	20.951	18.100	18.100	18.100	18.100
= Ordentliche Aufwendungen	1.205.896,63	1.295.890	1.351.793	1.345.041	1.343.977	1.370.292
= Ergebnis aus lfd. Verwaltungstätigkeit	54.620,91	61.299	48.505	48.766	49.165	49.373
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	58.769,93	63.219	48.505	48.766	49.165	49.373
= Ergebnis	-4.149,02	-1.920	-0	0	-0	0

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	VE 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	759.967,81	1.055.527	1.337.613	0	1.382.807	1.382.142	1.408.665
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	232,27	230	0	0	0	0	0
+ Sonstige Einzahlungen	11.118,49	9.000	11.000	0	11.000	11.000	11.000
= Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	771.318,57	1.064.757	1.348.613	0	1.393.807	1.393.142	1.419.665
- Personalauszahlungen	848.567,10	831.700	795.862	0	803.813	811.846	819.959
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	200.666,73	175.365	219.770	0	219.770	219.770	219.770
- Sonstige Auszahlungen	13.746,83	15.701	14.000	0	14.000	14.000	14.000
= Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	1.062.980,66	1.022.766	1.029.632	0	1.037.583	1.045.616	1.053.729
= Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-291.662,09	41.991	318.981	0	356.224	347.526	365.936
= Saldo des Teilfinanzplanes	-291.662,09	41.991	318.981	0	356.224	347.526	365.936
+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanl.	20,00	0	0	0	0	0	0
= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	20,00	0	0	0	0	0	0
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	10.348,00	24.750	167.100	0	8.600	160.850	165.400
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	10.348,00	24.750	167.100	0	8.600	160.850	165.400
= Saldo aus Investitionstätigkeit	-10.328,00	-24.750	-167.100	0	-8.600	-160.850	-165.400
= Saldo des Teilfinanzplanes	-301.990,09	17.241	151.881	0	347.624	186.676	200.536

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	vorl. RE 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	VE 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
B02083301 Anschaffung von Fahrzeugen, Krankentransport und Rettungsdienst DT									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	452,6	0,0	0,0	0,0	143,5	0,0	0,0	152,2	156,8
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	33,0	0,0	10,3	24,8	23,6	0,0	8,6	8,6	8,6
Saldo unterhalb der Wertgrenze	-33,0	0,0	-10,3	-24,8	-23,6	0,0	-8,6	-8,6	-8,6
Saldo Investitionstätigkeit	-485,6	0,0	-10,3	-24,8	-167,1	0,0	-8,6	-160,8	-165,4

Erläuterungen

Auf der Grundlage des ersten Rettungsbedarfsplanes für den Kreis Lippe wurde auch erstmalig eine eigene städtische Gebührensatzung erstellt. Der Kreis Lippe hat diesen Rettungsbedarfsplan überarbeitet und am 13.12.2010 mit Wirkung zum 01.01.2011 verabschiedet.

Durch eine nicht zu erwartende positive Einsatzentwicklung wurden Gebührenüberschüsse erzielt und erzwangen eine neue Gebührensatzung ab 01.01.2009. Diese Überschüsse wurden in den drei Jahren abgeschmolzen und zum 01.04.2012 eine neue Gebührensatzung beschlossen.

Der FB 3 rechnet für das Jahr 2012 mit einer Steigerung der Notfalleinsätze gegenüber den Vorjahren. Es sind voraussichtlich 4200 Einsätze zu erwarten.

Der zweite RTW wird jetzt 24 Stunden vorgehalten. Dadurch ergibt sich eine Erhöhung der Vorhaltestunden um 6360 Stunden pro Jahr. Für den Haushalt 2012 gibt es erhöhte Personalkosten. Diese sind aufgrund des neuen Rettungsbedarfsplanes begründet. Die Krankenkassen haben der Abrechnung von zwei weiteren Mitarbeitern für die Produktgruppe zugestimmt.

Das Fachbereichscontrolling wird in Abstimmung mit dem PGV RettD die Aktivitäten beobachten und bei größeren Abweichungen der Planzahlen zeitnah in den Prozess eingreifen und steuern.

Planmäßig ist für 2012 die Ersatzbeschaffung eines neuen Rettungswagens vorgesehen. Diese Fahrzeuge werden nach 8 Jahren ersetzt.

Kurzbeschreibung

Beurkundung von Geburten und Sterbefällen; Nachregistrierung von Personenstandsfällen im Ausland; Anmeldungen zur Eheschließung, Beratung nach deutschem und internationalem Recht, Durchführung von Eheschließungen, Ausstellen von Ehefähigkeitszeugnissen; Führung der entsprechenden Register und Ausstellung von Urkunden

Ziele

Schaffung beweiskräftiger deutscher Personenstandsurkunden und Rechtssicherheit im Personenstandswesen

Auftragsgrundlage

Personenstandsgesetz, Personenstandsverordnung, Dienstanweisung für die Standesbeamten und ihre Aufsichtsbehörde, BGB, internationales Ehe- und Kindschaftsrecht, BVFG

Zielgruppe

Deutsche und Ausländer

Politisches Gremium

Ausschuss für Bürgerservice, Ordnung, Feuerwehr und Rettungsdienst

Stellen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Stellen	Anz.	5,43	5,96	5,96	–	–	–

Leistungen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Anmeldung zur Eheschließung	Anz.	343	350	300	–	–	–
eingetragene Lebenspartnerschaften	Anz.	4	2	2	–	–	–
behördliche Namensänderung	Anz.	28	20	25	–	–	–
Führung der Personenstandsbücher	Anz.	5.756	6.000	6.000	–	–	–
Ausstellung von Personenstandsurkunden	Anz.	2.763	2.500	2.500	–	–	–
Beschwerden/Lob	Anz.	4	–	–	–	–	–

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Anzahl von Eheschließungen von Nicht-Detmoldern in Detmold / Gesamtzahl von Eheschließungen	%	0,15	0,11	0,10	–	–	–
durchschnittlicher Betriebsaufwand je Vorgang	€	32,80	34,66	34,50	–	–	–
durchschnittlicher Ertrag je Vorgang	€	9,76	9,12	9,25	–	–	–
Anzahl der Geburten	Anz.	1.142,00	1.350,00	1.500,00	–	–	–
Anzahl der Eheschließungen	Anz.	358,00	330,00	300,00	–	–	–
Anzahl der Sterbefälle	Anz.	1.119,00	1.150,00	1.125,00	–	–	–

Teilergebnisplan	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Ertrags- und Aufwandsarten in €						
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	94.149,70	95.000	95.000	95.000	95.000	95.000
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	9.343,50	6.000	7.000	7.000	7.000	7.000
= Ordentliche Erträge	103.493,20	101.000	102.000	102.000	102.000	102.000
- Personalaufwendungen	292.552,20	326.081	333.435	336.836	340.270	343.739
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.988,81	0	0	0	0	0
- Bilanzielle Abschreibungen	559,00	559	527	527	527	446
- Transferaufwendungen	240,00	260	240	240	240	240
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	10.381,27	10.650	10.950	10.950	10.950	10.950

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
= Ordentliche Aufwendungen	305.721,28	337.550	345.152	348.553	351.987	355.375
= Ergebnis aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-202.228,08	-236.550	-243.152	-246.553	-249.987	-253.375
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	75.543,95	72.406	64.558	64.365	65.048	65.528
= Ergebnis	-277.772,03	-308.956	-307.710	-310.918	-315.035	-318.903

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	VE 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	94.149,70	95.000	95.000	0	95.000	95.000	95.000
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	9.343,50	6.000	7.000	0	7.000	7.000	7.000
= Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	103.493,20	101.000	102.000	0	102.000	102.000	102.000
- Personalauszahlungen	272.836,67	289.243	291.673	0	294.648	297.651	300.685
- Transferauszahlungen	240,00	260	240	0	240	240	240
- Sonstige Auszahlungen	10.522,13	10.650	10.950	0	10.950	10.950	10.950
= Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	283.598,80	300.153	302.863	0	305.838	308.841	311.875
= Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-180.105,60	-199.153	-200.863	0	-203.838	-206.841	-209.875
= Saldo des Teilfinanzplanes	-180.105,60	-199.153	-200.863	0	-203.838	-206.841	-209.875
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	1.988,81	0	0	0	0	0	0
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	1.988,81	0	0	0	0	0	0
= Saldo aus Investitionstätigkeit	-1.988,81	0	0	0	0	0	0
= Saldo des Teilfinanzplanes	-182.094,41	-199.153	-200.863	0	-203.838	-206.841	-209.875

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	vorl. RE 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	VE 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,0	0,0	2,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Saldo Investitionstätigkeit	0,0	0,0	-2,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

Erläuterungen

In 2012 wird voraussichtlich die Zahl der Trauungen und im Zusammenhang damit die Zahl der Anmeldungen zur Eheschließung niedriger sein als für 2011 noch angenommen. Auch in 2011 wird die Planzahl vermutlich nicht erreicht.

Da der Bau der neuen Kinder- und Geburtsklinik in Detmold zwar in 2011 abgeschlossen sein soll, aber zur Zeit noch nicht ist, ist es schwer abzuschätzen, wie sich diese Veränderung auf die Geburtenzahl für 2012 auswirken wird. Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass die Geburtenzahl höher sein wird, als das Ergebnis in 2010.

In den übrigen Bereichen weicht der Leistungsumfang vom Ergebnis 2010 nicht stark ab.

Die Einnahmen werden in 2012 durch die sinkenden Eheschließungen schätzungsweise um 1.500 € niedriger sein als in 2010.

Die Ausgaben werden rd. 36.000 € höher sein als das Rechnungsergebnis 2010. Dies ist durch die Personalkosten zu erklären. Die Stellen im Standesamt sind unverändert geblieben. Eine Kollegin ist in 2010 durch einen längeren Krankheitszeitraum aus der Lohnfortzahlung 2010 gefallen. Die Zuführung zu Pensions- und Beihilferückstellungen ist gegenüber dem Rechnungsergebnis 2010 um rd. 19.000 € gestiegen. Die Berechnung hierzu erfolgt zentral.

Im Vergleich zum Ansatz 2011 sind die Personalkosten jedoch nur um rd. 7.000 € gestiegen. Dies ist durch die Erhöhung der Wochenstunden einer Kollegin und durch die Tarifsteigerungen erklärbar.

Kurzbeschreibung

Anspruchs- und Ermessenseinbürgerungen, Feststellung über deutsche Staatsangehörigkeit

Ziele

Eingliederung von ausländischen Mitbürger/innen

Auftragsgrundlage

Staatsangehörigkeitsgesetz, Ausländergesetz, Art. 116 Abs. II GG, § 21 HAG

Zielgruppe

Ausländische Mitbürger/ innen im Gebiet der Stadt Detmold und Aussiedler/ innen

Politisches Gremium

Ausschuss für Bürgerservice, Ordnung, Feuerwehr und Rettungsdienst

Stellen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Stellen	Anz.	0,90	0,93	0,93	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Anträge eigene Zuständigkeit: Einbürgerung von Ausländern mit langjährigem Aufenthalt neue Anträge	Anz.	112	110	110	-	-	-
Summe der Vorgänge	Anz.	2.560	2.115	2.265	-	-	-
Kurzberatungen bis 10 Minuten	Anz.	1.627	1.200	1.300	-	-	-
Beratungen mehr als 10 Minuten	Anz.	683	650	700	-	-	-
Anzahl der Beschwerden/Lob	Anz.	1	-	-	-	-	-
durchgeführte Einbürgerungen	Anz.	96	110	110	-	-	-
Ehegatten von Deutschen: neue Anträge	Anz.	14	15	15	-	-	-
durchgeführte Einbürgerungen	Anz.	15	5	15	-	-	-
Feststellung der deutschen Staatsangehörigkeit: neue Anträge	Anz.	9	5	5	-	-	-
sonstige Einbürgerungen: neue Anträge	Anz.	2	5	5	-	-	-
durchgeführte Einbürgerungen	Anz.	2	5	5	-	-	-
Anträge mit Zuständigkeit der Bezirksregierung; neue Anträge	Anz.	0	0	-	-	-	-
durchgeführte Einbürgerungen	Anz.	0	0	-	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Plan 2011	Plan 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Anzahl Beschwerden / Gesamtzahl der Vorgänge	%	0,00	-	-	-	-	-
durchschnittlicher Betriebsaufwand je Vorgang	€	24,81	32,32	30,74	-	-	-
Anzahl der durchgeführten Einbürgerungen	Anz.	115,00	130,00	130,00	-	-	-
Anzahl der Beratungen	Anz.	2.310,00	1.850,00	2.000,00	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	25.423,50	25.050	25.100	25.100	25.100	25.100
= Ordentliche Erträge	25.423,50	25.050	25.100	25.100	25.100	25.100
- Personalaufwendungen	53.112,28	60.076	61.170	61.799	62.419	63.042

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
- Bilanzielle Abschreibungen	0,00	0	333	333	333	333
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.801,88	1.600	1.230	1.230	1.230	1.230
= Ordentliche Aufwendungen	54.914,16	61.676	62.733	63.362	63.982	64.605
= Ergebnis aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-29.490,66	-36.626	-37.633	-38.262	-38.882	-39.505
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	8.594,73	7.367	6.888	6.854	6.929	6.980
= Ergebnis	-38.085,39	-43.993	-44.521	-45.116	-45.811	-46.485

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	VE 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	25.298,50	25.050	25.100	0	25.100	25.100	25.100
= Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	25.298,50	25.050	25.100	0	25.100	25.100	25.100
- Personalauszahlungen	40.889,44	43.330	43.043	0	43.473	43.909	44.347
- Sonstige Auszahlungen	1.790,24	1.600	1.230	0	1.230	1.230	1.230
= Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	42.679,68	44.930	44.273	0	44.703	45.139	45.577
= Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-17.381,18	-19.880	-19.173	0	-19.603	-20.039	-20.477
= Saldo des Teilfinanzplanes	-17.381,18	-19.880	-19.173	0	-19.603	-20.039	-20.477
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	1.957,55	0	0	0	0	0	0
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	1.957,55	0	0	0	0	0	0
= Saldo aus Investitionstätigkeit	-1.957,55	0	0	0	0	0	0
= Saldo des Teilfinanzplanes	-19.338,73	-19.880	-19.173	0	-19.603	-20.039	-20.477

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamtausgabebedarf	bisher bereit gest.	vorl. RE 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	VE 2012	Planung 2013	Planung 2014	Planung 2015
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,0	0,0	2,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Saldo Investitionstätigkeit	0,0	0,0	-2,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

Erläuterungen

Der Leistungsumfang wurde aufgrund der Tendenz des letzten halben Jahres veranschlagt. Es wird damit gerechnet, dass es im Bereich der tatsächlichen Einbürgerungen von Ausländern zu einem ähnlichen Ergebnis kommt, wie sich dieses für 2011 abzeichnet: nach wie vor besteht ein grds. großes Interesse an der deutschen Staatsbürgerschaft, jedoch benötigen viele Anträge deutlich länger bis zur Entscheidungsreife, da sich gerade die zahlenmäßig stark vertretenen Staaten (Rußland!, Türkei!!) derzeit viel Zeit lassen, bis sie Ausbürgerungen aussprechen. Die Zahl der wahrgenommenen Beratungen ist weiterhin (leicht) steigend; entsprechend lautet auch die Prognose für 2012.

Einnahmen durch Verwaltungsgebühren werden auf dem Niveau des vorl. Ergebnisses 2010 erwartet.

Der Personalaufwand ist im Vergleich zum Ergebnis 2010 leicht erhöht. Es wurden vor allem mehr Finanzmittel für die Zuführung zu Pensionsrückstellungen und zu Beihilferückstellungen eingeplant.

Der Sachaufwand zeigt nur geringe Abweichungen zum Ergebnis 2010. Postgebühren und sonstige Geschäftsausgaben wurden geplant, da diese Beträge vorher im Bereich Personenstandswesen gebucht wurden.